Tausende Arbeitslose ohne Arbeitslosengeld Seite 5

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 17 vom 29. April 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Demonstrationen und Veranstaltungen der KPD/ML zum Roten 1. Mai

Bremen

Demonstration: 10.00 Uhr, Brombergerstr./ Halmer Weg; **Abschlußkundgebung:** 12.30 Uhr, Greifswalder Platz. **Veranstaltung:** 29.4., 20.00 Uhr, Gaststätte „Weidenhöfer's", Grenzwehr.

Dortmund

Demonstration: 10.00 Uhr, Alt-Scharnhorst, Eichkamp/Im Bellwinkelhof. **Veranstaltung:** 15.30 Uhr, Stadtwald-Restaurant, Grävingholz, Evinger Straße.

Duisburg

Demonstration: 10.00 Uhr, Duisburg-Marxloh, Kreyenbergshof; **Abschlußkundgebung:** 12.30 Uhr, Otto-Hahn-Straße (Schmidthorst). **Veranstaltung:** 15.00 Uhr, „Ratskeller", Duisburger Straße.

Frankfurt

Demonstration: 10.00 Uhr, Höchst-Unterliederbach, Langobardenweg/ Chattenweg. **Veranstaltung:** 15.00 Uhr, Sindlingen, Bürgerhaus.

Hamburg

Demonstration: 10.00 Uhr Hamburg-Wandsbeck, Alter Teichweg. **Veranstaltung:** 29.4., 19.00 Uhr, Gaststätte „Jarresstadt", Jarresstraße.

Hannover

Demonstration: 10.00 Uhr. Hannover-Ricklingen, Friedrich-Ebert-Platz. **Veranstaltung:** 30. 4., 20,00 Uhr, „Darecrea", Dieckbornstraße/ Wittekindstraße.

Kiel

Demonstration: 10.30 Uhr, Kiel-Gaarden, Vinetaplatz; **Abschlußkundgebung:** 13.00 Uhr, Vinetaplatz. **Veranstaltung:** 16.00 Uhr, Gaststätte „Königsstern", Kieler Straße 2, Kronshagen.

München

Demonstration: 10.30 Uhr, Sendlingertorplatz; **Abschlußkundgebung:** 12.30 Uhr, Walchenseeplatz. **Veranstaltung:** 15,00 Uhr, Gaststätte „Balanhof", Balanstraße/St. Martin Straße.

Stuttgart

Demonstration: 10.00 Uhr, Dessauer Straße. **Veranstaltung:** 15.00 Uhr, Jugendhaus-Ost, Gerok-Straße.

Westberlin

Demonstration: 10.00 Uhr, Wedding, Am Leopoldsplatz; **Abschlußkundgebung:** 13.00 Uhr, Bellermannstraße/Eulerstraße. **Veranstaltung:** 15.00 Uhr, Gesellschaftshaus Neukölln, Karl-Marx-Straße 131.



Nieder mit dem Regierungsmai!

Heraus zum Roten 1. Mai!

Am 1. Mai, dem revolutionären Kampftag der Arbeiterklasse, ruft die KPD/ML die Arbeiter und kleinen Angestellten, die Jugend und alle vom Kapital ausgebeuteten und unterdrückten Werktätigen auf, unter roten Fahnen für ihre Forderungen zu demonstrieren, gegen die brutalen Angriffe der Kapitalisten und der Regierung auf die Lebensbedingungen der Werktätigen, gegen Massenentlassungen, Stillegungen und verschärfte Arbeitshetze, gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub und politische Unterdrückung, gegen das kapitalistische Ausbeutersystem, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Heraus zum Roten 1. Mai!

Für diese Ziele kann man nicht gemeinsam mit dem DGB-Apparat auf seinen Regierungsmai-Veranstaltungen kämpfen. Nein! Der DGB-Apparat versucht den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse auszulöschen und ihn in ein Jubelfest für den Kapitalismus umzufälschen. Wer schwingt denn auf den Maikundgebungen des DGB die Reden? Auf der zentralen Kundgebung in Köln treten als Hauptredner DGB-Boß Vetter und Regierungschef Schmidt auf. Es sind die Bonner Minister, die unter massivem Polizeischutz neben den DGB-Bonzen auf den Rednertribünen des Regierungsmai stehen. Und was ist der Inhalt ihrer Reden? Sie loben den reaktionären Bonner Staat und die kapitalistische Ausbeuterordnung als „freiheitlich" und „sozial". Sie versprechen uns, daß sie „die Vollbeschäftigung wiederherstellen" werden und verschleiern mit raffinierter Demagogie, daß Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit Grundübel des Kapitalismus sind, die nur durch den revolutionären Sturz des kapitalistischen Systems beseitigt werden können. Sie wollen uns weismachen, daß wir uns bei der Verteidigung unserer Interessen gegen das Kapital ausgerechnet auf den Bonner kapitalistischen Staat, dieses Unterdrückungswerkzeug der Bourgeoisie, stützen können.

In Wahrheit steht der DGB-Apparat, der mit dem Kapital und dem Staat verfilzt und verwachsen ist, auf der anderen Seite der Barrikade, auf der Seite der Ausbeuter und Unterdrücker. Um den Kampf der Arbeiterklasse zu sabotieren, verbreitet er die verlogene Ideologie der „partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Arbeit und Kapital". Gleichzeitig hetzt er demagogisch gegen den revolutionären Klassenkampf. Unterstützt wird er dabei von der revisionistischen D„K"P (bzw. in Westberlin der SEW). Diese Partei tritt als „Kämpfer gegen den Kapitalismus" auf. Aber so radikal ihre Losungen auch manchmal klingen, ihre Politik zielt in Wirklichkeit nur darauf ab, die Arbeiterklasse vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten. Die D„K"P-Revisionisten geben sich auch als „Demokraten" aus. Ihre Begeisterung für die Verhältnisse in der DDR, von der sie ausgehalten und finanziert werden, ihr zunehmender Terror gegen die Marxisten-Leninisten, entlarvt sie jedoch als Sozialfaschisten, als Feinde des werktätigen Volkes. Sie sind niederträchtige Verräter am Kampf für die sozialistische Revolution. Mit roten Fahnen wollen sie den arbeiterfeindlichen Charakter des Regierungsmai tarnen, wollen sie verhindern, daß klassenbewußte Arbeiter gegenüber dem DGB-Apparat und allen Feinden der Arbeiterklasse einen klaren Trennungsstrich ziehen. Um die Arbeiter an den DGB-Apparat zu binden, führen sie demagogisch die Losung von der „Einheit der Arbeiterklasse" im Mund. Aber die Einheit der Arbeiterklasse kann nur hergestellt werden auf der Basis ihrer Klasseninteressen, im unversöhnlichen Kampf gegen die Kapitalisten, gegen den Bonner Staat und gegen den imperialistischen DGB-Apparat. Der DGB-Regierungsmai dient nicht der Einheit der Arbeiterklasse, sondern ihrer Spaltung. Deshalb rufen wir dazu auf, die Maiveranstaltungen des DGB zu boykottieren und am 1. Mai an den revolutionären Demonstrationen und Maiveranstaltungen teilzunehmen, die die KPD/ML im Geiste Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns organisiert.

In diesem Jahr steht der 1. Mai im

Fortsetzung auf Seite 2



1. Mai-Demonstration 1976 in Hamburg

Betriebszeitungen der KPD/ML

Betriebszeitung der KPD/ML für die Farbwerke Hoechst
ROT FRONT!

SETZ AN!
Zeitung für Heidenreich& Harbeck der KPD/Marxisten Leninisten und ihrer Jugendorganisation ROTE GARDE

Zeitung der KPD/ML für die Fa. Merck
DAS ROTE MERCKBLATT

Aus dem Funken wird die Flamme schlagen!
ZÜND KERZE
Betriebszeitung der KPD/ML
Opel Bochum

De Austorm
Kapital und seine Handlanger
Zeitung der KPD Marxisten Leninisten für die bremischen Häfen

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!
ROTE FAUST
Zeitung der Zelle Blumenthal der KPD/ML

Der Rote Stern
Betriebszeitung der KPD/ML bei Daimler-Benz
Zelle 7 Jahrestag der Gründung der Partei
V.i.S.d.P. Th. Scheffer 1-65 Scherestr.10

ROTER SCHLIFF

DER ROTE SENDER

Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will
SCHWUNG RAD
BETRIEBSZEITUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS/ MARXISTEN-LENINISTEN (KPD/ML) für KHD

Bonn erhöht die Mehrwertsteuer

Ein Angriff auf die Lebensbedingungen der Werktätigen

Am letzten Donnerstag brachte die Bundesregierung ihr „Steuerpaket", das Steueränderungsgesetz 1977, im Bundestag ein. Wollte man Schmidt und Apel glauben, waren darin lauter Geschenke für die Werktätigen eingepackt wie Steuererleichterungen und Kindergelderhöhung. Sieht man sich dieses Paket allerdings genauer an, wird bald klar, worum es sich wirklich handelt; um einen neuen Angriff der Bourgeoisie auf die Lebenslage der Arbeiter, Bauern und kleinen Angestellten.

Kernstück dieses Steueränderungsgesetzes ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1. 1. 78 von 11 auf 13 (bzw. 5,5 auf 6,5)%. Die Mehrwertsteuer ist eine indirekte Steuer, die auf die Güter des Massenbedarfs aufgeschlagen wird. Ihre Erhöhung bedeutet also Preissteigerungen, die von den Werktätigen bezahlt werden müssen. Selbst Apel mußte zugeben, daß diese Steuererhöhung die Preise um 1,4% hochtreiben würde. Auf diese Art will die Bourgeoisie im nächsten Jahr zusätzlich 10,5 Milliarden Mark aus den Werktätigen herauspressen.

Und die Steuererleichterungen? Tatsächlich ist es ein ebenso übles wie durchsichtiges Manöver, wenn Apel behauptet, über diese zehn Milliarden würden Steuersenkungen finanziert. Denn für wen die Steuern gesenkt werden, das ist die Bourgeoisie. Das Gesetz sieht einen Abbau der Vermögens- und der Gewerbesteuer vor. Die Senkung der Lohnsteuer dagegen betrifft nur die höchsten Gehaltsklassen. Bleibt für die Werktätigen allein die Erhöhung des Kindergelds, ganze 1,7 von den 10,5 Mrd. Und selbst die Empfänger von Kindergeld sind noch betrogen. Denn zehn Mark würde eine vierköpfige Familie mehr bekommen, 28 Mark aber wird ihr durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer aus der Tasche gezogen.

Und dieses Programm der verschärften Ausplünderung der Massen verkauft Apel unverschämt als ein „soziales" Gesetzwerk. Die Mehrwertsteuer, so erklärt er zynisch, „trifft alle Bürger gleichermaßen, soweit sie kaufen und konsumieren." Eine solche Demagogie der Bourgeoisie entlarvte schon Lenin, als er herausstellte: *„Die indirekten Steuern, die auf die Gegenstände des Massenbedarfs entfallen, zeichnen sich durch größte Ungerechtigkeit aus. Sie lasten in ihrer ganzen Schwere auf den Armen und schaffen für die Reichen ein Privileg. Je ärmer der Mensch, einen um so größeren Teil seines Einkommens gibt er dem Staat in Gestalt der indirekten Steuern ab. Die wenig besitzende und besitzlose Masse macht neun Zehntel der gesamten Bevölkerung aus, sie verbraucht neun Zehntel der besteuerten Erzeugnisse und zahlt neun Zehntel der Gesamtsumme der indirekten Steuern."*

Die Mehrwertsteuer, die unzähligen anderen indirekten Steuern, die auf Hunderten von Waren liegen, vom Salz bis zum Benzin, von der Zigarette bis zur Kinokarte, sie bilden nur einen Teil der Milliardensumme, die der kapitalistische Staat den Werktätigen abpreßt. Es sind vor allem die ständig steigenden Lohnsteuern, die schwer auf den Massen lasten. Heute beträgt der Anteil der Lohnsteuern am Gesamtsteueraufkommen der Bundesrepublik schon 32% und hat sich damit seit 1965 verdoppelt. Für den Arbeiter, den kleinen Angestellten bedeutet das: 59 Pfennig von jeder Mark, die er verdient, kassiert der Staat durch Steuern und Abgaben sofort wieder ein.

Die von den Kapitalisten gezahlten Steuern dagegen werden, wie jetzt wieder durch das Steueränderungsgesetz, ständig gesenkt. Daran zeigt sich, daß die Steuerpolitik des kapitalistischen Staats ein Mittel zur zusätzlichen Ausbeutung der Werktätigen ist. Mit den Riesensummen, die sie ihnen aus der Tasche zieht, finanziert die Bourgeoisie ihren Unterdrükkungsapparat, rüstet sie Polizei, Grenzschutz und Bundeswehr für den Bürgerkrieg bzw. für einen neuen imperialistischen Krieg an der Seite der amerikanischen Supermacht auf. Aus den staatlichen Rüstungsaufträgen ziehen die Monopole Riesenprofite. Darüberhinaus wird ihnen ein Teil des Staatshaushalts in Form von Subventionen in den Rachen geworfen. Angeblich ein Mittel zur Sicherung von Arbeitsplätzen, dienen diese Subventionen in Wirklichkeit dazu, durch Rationalisierung die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen und den Monopolen auch in der Krise ihre Höchstprofite zu sichern.

All diese Tatsachen zeigen, daß der kapitalistische Staat ein Instrument der Bourgeoisie ist und ausschließlich ihrem Klasseninteresse dient. Deshalb muß die Arbeiterklasse diesen Staat in der sozialistischen Revolution zerschlagen und an seiner Stelle die Diktatur des Proletariats errichten.

Heraus zum Roten 1. Mai

Fortsetzung von Seite 1

Zeichen einer neuen Welle von Massenentlassungen und Betriebsstillegungen, im Zeichen anhaltender und wachsender Massenarbeitslosigkeit. Angesichts des Millionenheeres von Arbeitslosen in der Bundesrepublik und Westberlin, das nun schon jahrelang besteht und weiter anwächst, angesichts von Zigmillionen Arbeitslosen in der kapitalistischen Welt in West und Ost, entlarvt sich die Bonner Propaganda, die uns immer wieder weismachen will, Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen seien bei uns nur vorübergehende Erscheinungen, als Betrug. Die Streiks und Demonstrationen der vergangenen Wochen im Saargebiet, in Düsseldorf, Hamburg, Köln und Oberhausen zeigen die zunehmende Entschlossenheit der Arbeiter und kleinen Angestellten, mit Kampfmaßnahmen der Vernichtung ihrer Arbeitsplätze entgegenzutreten und Stillegungen und Massenentlassungen zu verhindern. Davor fürchten sich die Kapitalistenklasse und ihre Bonner Regierung. Als Agenturen der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung versuchen der DGB-Apparat und die D„K"P, den Kampf gegen Stillegungen und Entlassungen abzuwiegeln und abzuwürgen. Heuchlerisch fordern die DGB-Bonzen auf den Regierungsmai-Veranstaltungen, die „Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft" müßten nun endlich das „Recht auf Arbeit" anerkennen und verwirklichen.

In Wahrheit kann die kapitalistische Ausbeuterordnung, in der die Jagd nach dem Höchstprofit alles beherrscht, nie und nimmer dieses Recht verwirklichen. Und der kapitalistische Staat ist und bleibt der Feind der Arbeitslosen und des ganzen werktätigen Volkes. Das wissen die Gewerkschaftsbonzen, die selbst in den Chefetagen der Konzerne die Massenentlassungen mitplanen, ganz genau. Ihre „Patentlösung", das „20 Milliarden Investitionsprogramm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze", ist Betrug. Es hilft nur den Monopolkapitalisten, sich noch hemmungsloser an den Steuergeldern des arbeitenden Volkes zu bereichern. Daran ändert auch das Geschwätz von „Erfolgskontrolle" nichts. Was heißt wir dagegen, daß das Kapital und der Staat Hunderttausende Jugendliche ohne Arbeit, ohne Ausbildung und ohne Einkommen auf die Straße wirft. Kämpfen wir im Betrieb gegen den Rationalisierungsterror, gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen, gegen wachsende Arbeitshetze und steigende Unfallgefahren! Gegen Arbeitslosigkeit, Teuerung und politische Unterdrückung — vereinigen wir uns im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus, gegen die Feinde in den eigenen Rei-



Agitations- und Propagandastand der KPD/ML zum Roten 1. Mai 1977 in Dortmund.

„Erfolg" denn im Kapitalismus anderes als die Erzielung von höchstmöglichem Profit? Er wird erzielt durch Rationalisierung, durch den Abbau weiterer Arbeitsplätze, durch noch wildere Arbeitshetze.

Darum, Kolleginnen und Kollegen, kämpfen wir gegen Stillegungen und Massenentlassungen; kämpfen hen! Kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution! Denn nur ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, in dem die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft ist, sichert Arbeit für jeden, verwirklicht Freiheit und Demokratie für die Werktätigen.

Nieder mit dem Regierungsmai!
Heraus zum Roten 1. Mai!

Kurz berichtet

BIELEFELD

Über 30 Freunde und Genossen nahmen an einem Wochenende der ROTEN GARDE Bielefeld, das unter dem Thema „Krieg dem imperialistischen Krieg" stattfand, teil. Es wurde lebhaft diskutiert. Abends wurden revolutionäre Lieder gesungen und kurze pantomimische Stücke vorgeführt. Große Begeisterung weckte auch ein Geländespiel.

TAUNUS

Zum 1. Mai erscheint die erste Nummer der Zeitung der ROTEN GARDE Kronberg für die beiden Berufsschulen in Hofheim und Oberursel. „Roter Taunus" Nr. 1 enthält Artikel zum 1. Mai und zu Problemen der Berufsschüler.



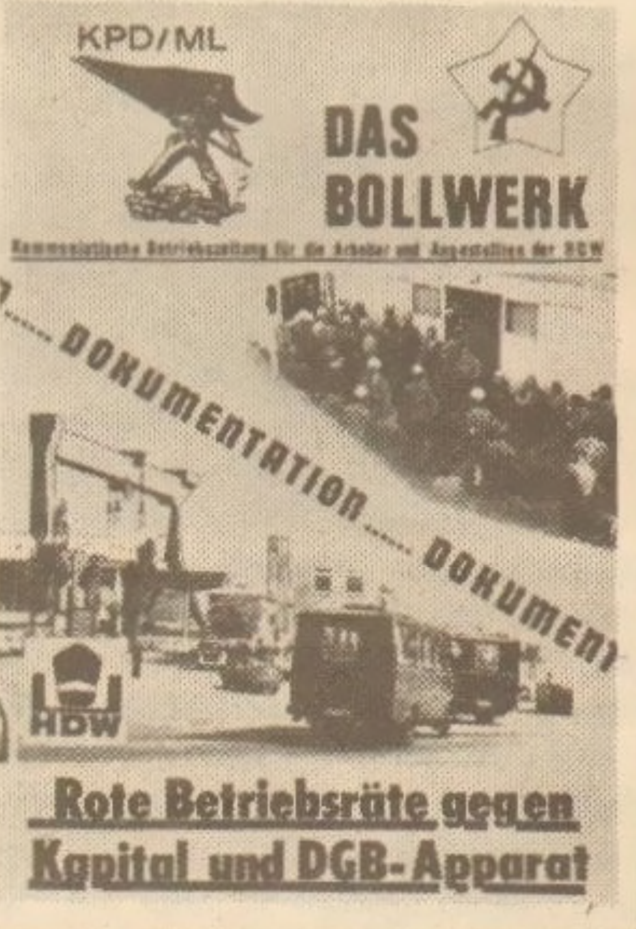
BIELEFELD

Mitte April erschien die zweite Ausgabe der Berufsschulzeitung der ROTEN GARDE „Rebellion" für die Bielefelder Berufsschulen. Neben einem Artikel zum 1. Mai und einem Artikel über die Jugend im Sozialismus enthält die Zeitung verschiedene Artikel und Korrespondenzen über Probleme von Schule und Ausbildung.



KIEL

In Kiel erschien jetzt eine Dokumentation mit dem Titel „Rote Betriebsräte gegen Kapital und DGB-Apparat". Die Dokumentation behandelt den Kampf um die Rote Liste bei den Betriebsratswahlen 1975, den Kampf gegen die Entlassung des Roten Betriebsrats Bernd Woitalla sowie den Kampf der Betriebszelle und der Roten Betriebsräte gegen die Ausbeutung und Unterdrückung an der Werft.





HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 3691 und 43 3692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Betriebszeitungen der KPD/ML























FDGB - Feind der Arbeiter der DDR

Beim Ostberliner Regierungsmai wird in diesem Jahr stärker als sonst der FDGB, der Gewerkschaftsapparat des Honecker-Regimes, in Erscheinung treten. Der Grund dafür ist der bevorstehende 9. Gewerkschaftskongreß des FDGB, für den noch ordentlich Reklame gemacht werden soll. Welche Rolle spielt dieser Apparat, der sich selbst „Klassenorganisation der Arbeiterklasse" nennt, in der DDR?

Die Parole, die die SED-Revisionisten zum FDGB unter ihren 58 Mai-Losungen aufgestellt haben, gibt bereits einen ersten Aufschluß darüber: „Mit erfüllten Plänen zum 9. Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes". Diese Parole spiegelt die Rolle, die der FDGB heute in der DDR spielt, gut wider: Er ist Antreiber und zugleich Kontrolleur, der darüber wacht, daß die Werktätigen die Pläne und Ziele der neuen Bourgeoisie in der Produktion verwirklichen, daß die Profite der Bourgeoisie noch mehr steigen. Der FDGB-Apparat ist Bestandteil des kapitalistisch-revisionistischen Staatsapparates, ist ein Organ der neuen Bourgeoisie zur Unterdrükkung der Werktätigen und ihres Kampfes.

Das war jedoch keineswegs immer so. Bereits einen Monat nach der vollständigen Niederlage des Hitler-Faschismus erhielten die Werktätigen in der sowjetischen Besatzungszone die Genemigung, freie Gewerkschaften zu bilden. Vom 9. bis 11. Februar 1946 schließlich fand der I. Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin statt, auf dem die Delegierten von rund 1,8 Millionen Gewerkschaftern die Grundsätze und Aufgaben des FDGB berieten. Im Westen Deutschlands, unter der Besatzung der britischen, französischen und amerikanischen Imperialisten sah dies anders aus:

Unter der Besatzungsmacht der Imperialisten wurde der Arbeiterklasse jegliche freie politische und gewerkschaftliche Tätigkeit verboten. Die freien und sozialistischen Gewerkschaften wurden von den Militärregierungen in den Westzonen aufgelöst. Stattdessen wurde gemeinsam von den USA-Imperialisten und den westdeutschen Monopolkapitalisten der DGB geschaffen, der, getarnt als Arbeiterorganisation, die Interessen des Kapitals und der Bourgeoisie vertritt.

Damals genoß der FDGB auch unter den Werktätigen in den Westzonen großes Ansehen. War er doch Ausdruck dafür, wie die Werktätigen unter der sowjetischen Besatzung für ihre politischen und gewerkschaftlichen Interessen kämpfen und sie verwirklichen konnten. An der Seite der damals noch wahrhaftig sozialistischen Einheitspartei, der SED, vertrat der FDGB die Klasseninteressen des Proletariats im gewerkschaftlichen Kampf und verwirklichte die führende Rolle der Arbeiterklasse.

Doch mit der revisionistischen Entartung der SED unter der Ulbricht-Clique und unter dem Einfluß des Chruschtschow-Revisionismus entartete auch der FDGB vollständig. Ähnlich wie in der SED hatte sich eine Schicht von Bürokraten des Apparats bemächtigt, die von der Arbeiterklasse vollständig losgelöst, allein auf ihre eigenen Interessen auf Kosten der Werktätigen bedacht war und den Weg der Restauration des Kapitalismus ging, um dem Proletariat die Herrschaft über die Wirtschaft und die Macht im Staat zu entreißen und sich selbst anzueignen. Lauthals propagierte der FDGB die „Wirtschaftsreformen" der SED-Revisionisten, die das kapitalistische Profitstreben zur Grundlage hatten und die die Restauration des Kapitalismus beschleunigten. Eine Kampagne nach der anderen wurde durchgeführt, in denen der FDGB den materiellen Anreiz, den Wettbewerb mittels Prämien propagierte, um so zum einen die Produktion zugunsten der neuen Bourgeoisie zu steigern und zum anderen auf diese Weise unter den Werktätigen die bürgerliche Ideologie zu verbreiten.

Gleichzeitig wurde der Gewerkschaftsapparat von revolutionären Arbeitern, von Kommunisten, die dem Marxismus-Leninismus treu blieben, gesäubert. Denn neben der Bürokratenschicht im FDGB gab es in den Bezirksorganisationen und Betriebsgruppen gewählte Arbeitervertreter, die sich dem revisionistischen Verrat entgegenstellten, die die revisionistische Machtübernahme und die zunehmende Ausbeutung anprangerten. Sie wurden unter fadenscheinigen Begründungen in der Wahlperiode 1962 bis 1968 aus ihren Leitungspositionen entfernt. An ihre Stelle traten Leute, die der Arbeiteraristokratie entstammten, aufstrebende bürgerliche Elemente, Karrieristen, die keinerlei Bindung zur Arbeiterklasse hatten und sich voll und ganz in den revisionistischen Gewerkschaftsapparat einpaßten.

Mit der revisionistischen Entartung der SED, des Staatsapparates und des FDGB war die Arbeiterklasse in der DDR ihrer Herrschaft beraubt worden. Ihr wurde, wie in allen kapitalistischen Ländern, die Rolle zugewiesen, für die Profite der neuen Bourgeoisie zu produzieren und zu arbeiten. Entsprechend wandelte sich auch die Aufgabe des revisionistischen Gewerkschaftsapparates: Ihm fiel jetzt die Rolle des Antreibers, des Kontrolleurs zu, der sich der Parolen vom „Sozialismus" und vom „Arbeiterstaat" nur bedient, um die scharfe Unterdrückung der Werktätigen demagogisch aufzupolieren, den gerechten Kampf der Werktätigen gegen brutale Ausbeutung und sozialfaschistische Unterdrückung zu diffamieren und gegen ihn vorzugehen.

Der VIII. Parteitag der SED-Revisionisten beschloß im Jahre 1971 ausdrücklich, daß der Gewerkschaftsapparat zuständig sei für die Organisierung der sogenannten „sozialistischen Wettbewerbe" in den Betrieben, d. h. für die Antreiberei der Kollegen. Entsprechend stellte der VIII. FDGB-Kongreß fest, „daß der sozialistische Wettbewerb das entscheidende Betätigungsfeld der Arbeiterklasse ist". Damit wurde klar die Ideologie der neuen Bourgeoisie zum Ausdruck gebracht: Ihr arbeitet um die Wette, wir regieren und kassieren.

Wie diese Antreiberei und Kontrolle durch den FDGB-Apparat vor sich geht, hat sich deutlich nach dem IX. Parteitag der SED-Revisionisten in der DDR gezeigt. Auf dem Parteitag wurde verdeckt durch Parolen über die Intensivierung der Produktion und die Erzielung größerer Effektivität usw. eine noch schärfere Ausbeutung der Werktätigen beschlossen. Selbstverständlich sind die FDGB-Spitzen bei allen diesen Beschlüssen beteiligt: Schließlich sitzt Harry Tisch, der Vorsitzende des FDGB-Apparates selbst im Politbüro der SED und nicht zuletzt verfügt zumeist jeder Bezirkssekretär des FDGB auch über einen Posten in der SED. Breite Einführung des Drei-Schichten-Systems, vermehrte Sonderschichten und Überstunden, Arbeitshetze wie nie zuvor — das sind die Ergebnisse des IX. Parteitages, die der FDGB in den Betrieben jetzt gegen den Widerstand der Arbeiter durchzusetzen sucht.

Den Betriebskollektiven der Gewerkschaft werden die Planziffern, die es zu erfüllen gilt, vorgelegt. Und nicht selten wird von den leitenden Direktoren der Werke zugleich hinzugefügt, wie hoch diese Planziffern übererfüllt werden müssen. Die Aufgabe der Gewerkschaftsbonzen im Betrieb ist es nun, dies unter den Kollegen durchzusetzen. Eine der betrügerischen Methoden dabei ist die sogenannte „Neuerer-Bewegung" unter der Obhut des FDGB. Die Kollegen werden dazu angehalten, selbst Vorschläge zu machen, wie rationeller gearbeitet, das heißt, wie ihre eigene Ausbeutung noch mehr gesteigert werden kann. Daß es überhaupt solche Vorschläge gibt, ist einzig und allein darauf zurückzuführen, daß Vorschläge, die tatsächlich die Profite der neuen Bourgeoisie erhöhen helfen, mit Prämien belohnt werden.

Zugleich wird im Betrieb von seiten des Gewerkschaftsapparates ein großer Propagandaaufwand getrieben, um den Kollegen die Produktionserhöhungen schmackhaft zu machen.

In den Arbeitskollektiven und -Brigaden setzt sich dies fort: Bei Besprechungen werden den einzelnen Kollegen von seiten des Gewerkschaftsapparates Versprechungen über Prämien gemacht, wird aber zugleich auch massiver Druck ausgeübt, wenn deutlich wird, daß Kollegen Widerstand leisten.

Schließlich werden dazu Sitzungen der Vertrauensleute des FDGB einberufen, auf denen die Betriebs- oder Bezirkssekretäre entsprechend das Drei-Schichten-System, Sonderschichten und Überstunden zur Abstimmung vorlegen — und kurz darauf heißt es dann im „Neuen Deutschland": „Die Belegschaft hat einhellig beschlossen . . ."

Diese Rolle des Antreibers und Kontrolleurs der Werktätigen soll künftig noch weiter verschärft werden, um die immer schärfere Ausbeutung und Unterdrückung im Betrieb gegen den Widerstand der Werktätigen Ostdeutschlands durchsetzen zu können. So soll auf dem IX. FDGB-Kongreß ein neues „Arbeitsgesetzbuch" verabschiedet werden, das der revisionistischen Monopolbourgeoisie und ihren leitenden Direktoren in den Betrieben noch mehr Möglichkeiten gibt, gegen die Arbeiter vorzugehen: Ihr Weisungsrecht soll verstärkt werden, die Möglichkeit, Arbeiter, die sich gegen die immer schärfere Ausbeutung wenden, zu entlassen, soll ausgebaut und die Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitern und FDGB-Bonzen bei der Ausbeutung und Antreiberei der Werktätigen soll noch enger gestaltet werden.

Wen wundert es, daß sich die revisionistische SED-Führung gezwungen sieht, vor dem IX. Kongreß des FDGB am 1. Mai noch einmal groß Reklame für diesen Gewerkschaftsapparat zu machen? Doch alle schön klingenden Parolen von der „Klassenorganisation der Arbeiterklasse" und der „Interessenvertretung der Werktätigen" werden es nicht vermögen, den wachsenden Haß und den Widerstand der Werktätigen gegen das revisionistische Ausbeutersystem und seinen konterrevolutionären Gewerkschaftsapparat aus der Welt zu schaffen. Denn für viele ostdeutsche Werktätige zählen schon lange nicht mehr die Phrasen und Sprüche des Honecker-Regimes, sondern für sie zählen ihre Erfahrungen, die sie Tag für Tag mit diesem sozialfaschistischen Ausbeuter- und Unterdrücker-Regime machen.

Die Sektion DDR der KPD/ML, die in tiefster Illegalität für den Sturz des revisionistischen Ausbeuterregimes durch die proletarische Revolution und die erneute Errichtung der Diktatur des Proletariats kämpft, ruft auch in diesem Jahr die Werktätigen dazu auf, am 1. Mai nicht den Losungen der revisionistischen Honecker-Clique und ihres FDGB-Apparates zu folgen, sondern sich auf die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse zu besinnen, den Widerstand gegen die Ausbeutung und das Polizeistaat-Regime der SED-Bonzen und ihrer Moskauer Oberherren zu organisieren und diese sich geschickt tarnenden Feinde endgültig zu verjagen.

Betriebszeitungen der KPD/ML





















Betriebszeitungen der KPD/ML

DER ANGRIFF
Betriebszeitung der KPD/ML für die Arbeiter und Angestellten der HAGENUK

Klassenkampf

HAMMER-SCHLAG

DER ROTE GARTENFELDER

DER HAMMER
Betriebszeitung der KPD/ML für HANOMAG und RHEINSTAHL Kassel

Der rote Bahnräumer
BETRIEBSZEITUNG DER KPD/ML FÜR DIE KOLLEGEN VOM BUNDESBAHNAUSBESSERUNGSWERK BREMEN

DER ROTE SCHRAUBSTOCK

Roter Strom

DER MOTOR
Betriebszeitung der KPD/ML für die

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!
ROTE FOLIE
Betriebszeitung der KPD ML für Kalle

Kurzarbeit bei Klöckner in Bremen

Lohnabbau und wilde Arbeitshetze

Auf der Klöckner-Hütte in Bremen wird seit Februar wieder Kurzarbeit verfahren. Der von der D„K"P beherrschte Betriebsrat gab dazu seine Zustimmung. Bereits in der Zeit vom März 75 bis zum März 76 wurde auf der Klöckner-Hütte kurzgearbeitet. Das hatte den Hüttenarbeitern damals scharfe Lohneinbußen gebracht. Viele mußten einen Verlust von mehr als einem Monatslohn hinnehmen. Unter den Kollegen herrscht Empörung. Der Wille zu kämpfen, um den neuerlichen Angriff auf die Löhne zurückzuschlagen, wird immer stärker.

Auf einer Belegschaftsversammlung unterschrieben vier- bis fünftausend Kollegen für die Forderung nach 90% Lohnausgleich. Hinter der Unterschriftensammlung steckten jedoch die D„K"P-Revisionisten, die die Sache als „Antrag an die IGM" aufgezogen haben. Ihre Absicht ist es nicht, den Kampf der Kollegen zu unterstützen und zu stärken, sondern im Gegenteil, die Empörung zu entschärfen und die Kollegen auf den IGM-Apparat zu orientieren, der der Handlanger der Kapitalisten ist. Es sind doch die gleichen D„K"P-Arbeiterverräter, die vorher der Kurzarbeit zugestimmt haben. Die Vereinbarung, die der D„K"P-Betriebsrat mit den Klöckner-Bossen getroffen hat, gibt diesen sogar die Möglichkeit, Elektriker und Schlosser zu zwingen, einzeln in Kurzarbeit zu gehen, statt im Blockstillstand. Damit haben die Bosse einen Hebel, mit dem sie die Kurzarbeit noch mehr zur Steigerung der Arbeitshetze ausnutzen können.

Dagegen unterstützt die Betriebszelle unserer Partei kompromißlos den Kampf der Kollegen gegen die Kurzarbeit und gegen ihre finanziellen Auswirkungen für die Arbeiter und kleinen Angestellten. So entlarvte der „Angriff", die Betriebszeitung unserer Partei, die Manöver der revisionistischen Arbeiterverräter und zeigte die Notwendigkeit auf, einen konsequenten, unversöhnlichen Kampf für die Forderung nach vollem Lohnausgleich zu führen.

Die Klöckner-Kapitalisten kennen keinerlei Skrupel, wenn es darum geht, alle Lasten der Stahlkrise auf die Arbeiter und kleinen Angestellten abzuwälzen. Während sie einerseits Kurzarbeit verfahren, rationalisieren und die Belegschaften des Konzerns schrumpfen lassen, während sie z. B. in Hagen-Haspe jetzt wieder 200 Arbeiter auf die Straße werfen wollen und möglicherweise bereits die Stillegung der dortigen Hütte planen, vergrößern sie gleichzeitig den Konzern sowohl im Inland wie auch im Ausland. Dabei können sie auf die Investitionsspritzen des Bonner Staates zurückgreifen. Vor einigen Monaten haben sie von Flick die Maximilianshütte in Bayern gekauft, wodurch sie zum drittgrößten Stahlhersteller der Bundesrepublik aufgestiegen sind. Den Arbeitern der „Maxhütte" drohen dadurch Massenentlassungen; denn Klöckner rationalisiert natürlich ohne Rücksicht auf Verluste und paßt außerdem die Produktion der Maxhütte dem Konzern und seiner "Marktstrategie" an. Als Teil des raubgierigen westdeutschen Imperialismus saugt Klöckner in seinem Werk für Grubenausrüstung in Johannesburg auch schwarze Arbeiter im Rassistenstaat „Südafrika" brutal aus und profitiert von der grausamen rassistischen Unterdrückung dort. Auch in hochindustrialisierte imperialistische Länder dringt Klöckner vor. Klöckner-Werke gibt es in England. In den USA wird z. Z. ein Klöckner-Werk für die Herstellung von Kunststoffolien gebaut.

Woher hat Klöckner diese Milliarden? Sie sind aus dem Schweiß der Arbeiter herausgepreßt: Durch Lohnraub und mörderische Rationalisierung treiben die Klöckner-Kapitalisten ihre Profite hoch. Skrupellos nutzen sie die Kurzarbeit aus, um die Arbeitshetze zu verschärfen. Im LD-Stahlwerk z. B. wurden vor Beginn der Krise durchschnittlich neun Chargen Stahl pro Schicht verfahren. Heute sind es bereits 13. Einer der üblen Tricks der Klöckner-Kapitalisten besteht darin, Kollegen einzeln in Kurzarbeit zu schicken während die Produktion läuft. Die verbleibenden Arbeiter müssen dann die Arbeit der fehlenden Kollegen mitmachen. Die Blockstillstände, in denen die Produktion ruht, werden für Reparaturen benutzt. Die Kollegen von der Produktion werden auf Kurzarbeit geschickt. Die normalerweise nötigen Reparaturstillstände fallen weg.

Trotz aller Drohungen und Einschüchterungsversuche kommt es immer häufiger zu spontanem Widerstand, wenn auch meist noch versteckt und vereinzelt: Der Kran fährt einen Gang langsamer; ein Fehler in der Elektronik kann „leider" nicht so schnell behoben werden, „denn sooundsoviel Elektriker sind ja gerade auf Kurzarbeit" (das bekommen die „Weißhelme" immer öfter zu hören). Die Kampfbedingungen sind natürlich unter dem Druck der Krise besonders schwer. Andererseits wird jedoch der Klassenhaß der Stahlarbeiter immer stärker und die Erbitterung über die brutale Ausbeutung wächst. Die Klöckner-Kapitalisten und ihre Handlanger haben Angst, daß es früher oder später zum Ausbruch größerer Kämpfe auf der Hütte kommt, sie fürchten, daß ihre Agenten innerhalb der Belegschaften, der IGM-Apparat und die D„K"P-Revisionisten, einmal plötzlich die Kontrolle über die Arbeiter und kleinen Angestellten verlieren könnten.

Schon in den letzten Jahren kam es verschiedentlich zu machtvollen Kampfaktionen auf der Hütte. September 1969: Die Klöckner-Kollegen führen einen neuntägigen selbständigen Streik durch und können eine Lohnerhöhung erkämpfen. Als 1973 die Tarifrunde noch im Gange war, konnten die Kollegen durch einen spontanen Streik eine Zulage von 11 Pfennig durchsetzen. Der Streik im September 69 hatte zum ersten Mal deutlich gezeigt, daß der damals bestehende offen korrupte SPD-Betriebsrat nicht mehr genügend Einfluß auf die Arbeiter hatte, um sie vom Kampf abzuhalten. Für die Kapitalisten wurde es Zeit, daß da neue Kräfte rankamen, die mehr Geschick und Raffinesse in Sachen Arbeiterverrat zu bieten hatten. So trat bei den Betriebsratswahlen die revisionistische Clique mit dem Arbeiterverräter Röpke (Mitglied des Parteivorstands der D„K"P) an der Spitze als „linke Alternative" auf den Plan. Um sich das Vertrauen der Arbeiter zu erschleichen, unter denen das Mißtrauen gegen den IGM-Apparat immer stärker wurde, kandidierten sie als „oppositionelle" Liste. Sie gewannen die Wahl und konnten seither eine beherrschende Stellung im Betriebsrat und im Vertrauensleutekörper erringen.

In Wahrheit ist ihre „Kritik" an der Gewerkschaftsführung nur ein Alibi für ihre Komplizenschaft mit dieser. Viele Kollegen wissen, daß die Gewerkschaftsführer selbst Kapitalisten sind. Bei Klöckner sitzen allein vier von ihnen im Aufsichtsrat: Hans Mayr, zweiter Vorsitzender der IGM; Theodor Brinkmann, Bundesvorstandssekretär des DGB, Klaus Bungert, Sekretär beim Bundesvorstand des DGB und gleichzeitig Oberbürgermeister von Düsseldorf; Ferdinand Koob, Vorstandsmitglied der IGM. Von diesen sauberen Herren erwarten die Kollegen nur, daß sie uns belügen und betrügen. Aber die D„K"P-Revisionisten treten als „linker Flügel" im Gewerkschaftsapparat auf und verbreiten die Illusion, man könnte sich wenigstens teilweise noch auf den Gewerkschaftsapparat stützen und ihn eventuell noch im Sinne der Arbeiter verändern. Dadurch spalten sie den Widerstand gegen den Gewerkschaftsapparat und verschaffen ihm wieder Einfluß unter den Arbeitern für seine reaktionäre Tätigkeit.

Bei verschiedenen Anlässen zeigte sich offen, daß hinter den radikalen Tönen und der klassenkämpferischen Pose der Röpke-Clique der Verrat am Kampf der Arbeiterklasse steckt. So z. B. im letzten Herbst, als die türkischen Kollegen in der Flämmerei mehrere Tage für höheren Lohn streikten. Der Röpke-Betriebsrat würgte den Streik ab. Er versprach, Verhandlungen zu führen, mit dem Ergebnis, daß bis heute nichts geschehen ist.

In aller Schärfe zeigte sich der Verrat der Revisionisten, und darüber hinaus auch ihr Wesen als Sozialfaschisten, als sie im Frühjahr letzten Jahres die fristlose Entlassung des kommunistischen Arbeiters Michael Weisfeld und seine gewaltsame Entfernung von der Hütte durch Polizei veranlaßten, und als der Betriebsrat der Entlassung einstimmig zustimmte. Michael Weisfeld kandidierte damals für die Vertrauensleutewahlen und er genoß die breite Unterstützung seiner Kollegen. Durch den Kampf, den die Kollegen und die KPD/ML führten, konnte im November die Wiedereinstellung Michaels erzwungen werden. Aber nach wie vor versuchen Werksvorstand und revisionistischer Betriebsrat in „vertrauensvoller Zusammenarbeit", den revolutionären Arbeiter wieder aus dem Betrieb zu werfen.

Vor kurzem wurde auf der Vollversammlung der Vertrauensleute der Hütte ein Antrag eingebracht, der den Vertrauensleutekörper auffordert, den Versuch der erneuten Entlassung Michael Weisfelds zu verurteilen. 52 Kollegen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist das die gesamte Schicht Michaels am Hochofen, hatten ihre Unterschrift unter diesen Antrag gesetzt. Nicht unterschrieben hat der Vertrauensmann, ein Anhänger der Röpke-Clique. Die Revisionisten verhinderten auf der VLK-Sitzung, daß dieser Antrag zur Abstimmung gebracht wurde.

Die Zelle unserer Partei reißt den D„K"P-Revisionisten immer wieder die Maske vom Gesicht. Sie arbeitet beharrlich, um die Kollegen auf der Linie des kompromißlosen Kampfes für die Interessen der Arbeiterklasse zusammenzuschließen und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufzubauen. Sie wird ihre Anstrengungen verstärken, um den Kampf der Kollegen gegen die Kurzarbeit, für vollen Lohnausgleich, gegen Rationalisierung, Arbeitshetze und Entlassungen voranzutreiben. Dabei erklärt sie gleichzeitig die Notwendigkeit, für den Sturz des kapitalistischen Systems, für die sozialistische Revolution zu kämpfen.

Betriebszeitungen der KPD/ML

FRISCHER WIND

DER ROTE HELLER
Betriebszeitung der KPD/ML

SCHLAG ZU
KPD/ML

DER BLITZBRIEF

VORAN!
Betriebszeitung für FORD der KPD/Marxisten-Leninisten

ANGRIFF
KPD/ML
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS MARXISTEN – LENINISTEN
BETRIEBSZEITUNG FÜR DIE KLÖCKNER HÜTTE

DIE ROTE FANFARE

ROTER LAUTSPRECHER

SCHLAG ZU! KPD/ML

Rote Kolonne
BETRIEBSZEITUNG DER KPD/ML BASF Ludwigshafen

Betriebszeitungen der KPD/ML



DER SEEMANN
KOMMUNISTISCHE ZEITUNG FÜR SEELEUTE

Krankenhauszeitungen der KPD/ML und der ROTEN GARDE















Bauernzeitung der KPD/ML

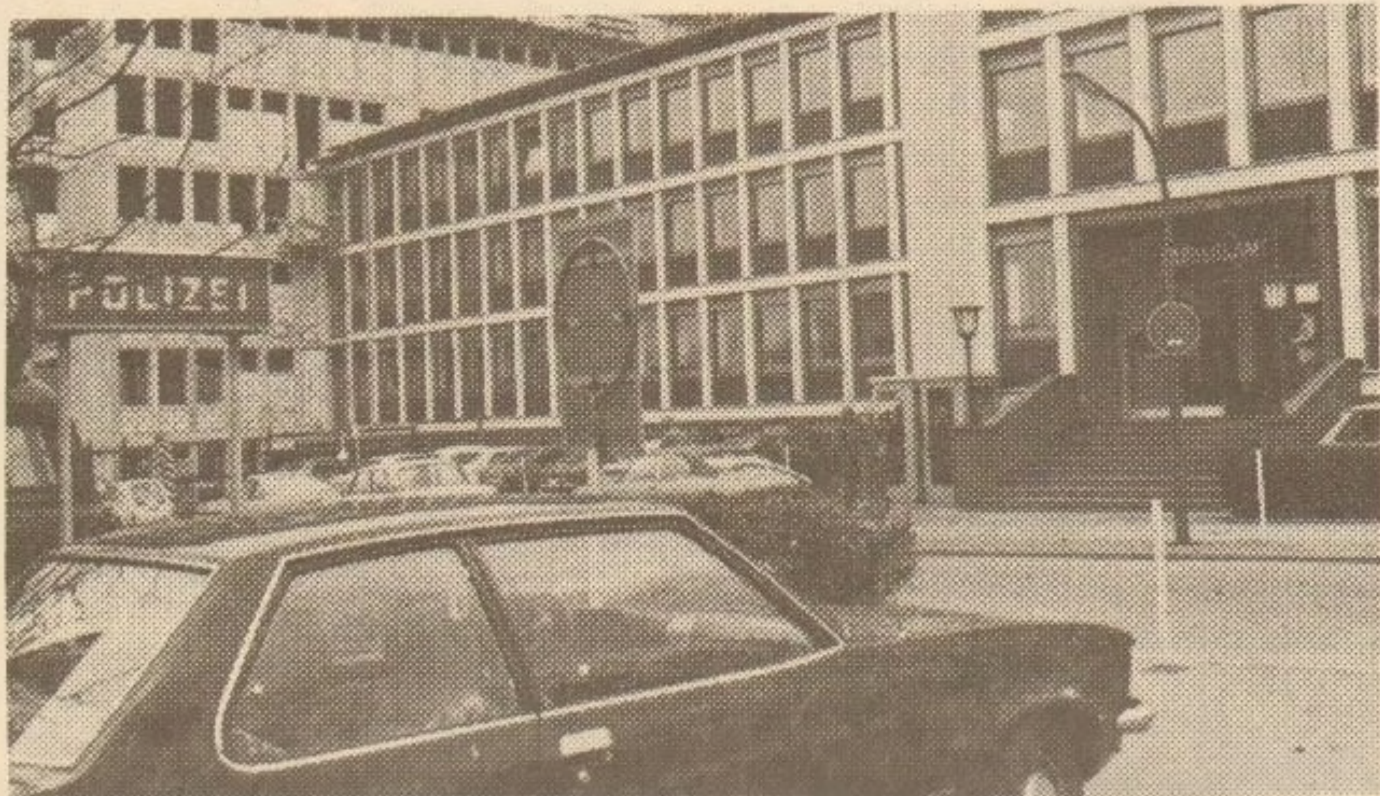


Das wahre Gesicht des angeblichen Sozialstaates

Tausende Arbeitslose ohne Arbeitslosengeld

Seitdem die Arbeitslosigkeit massenhafte Ausmaße angenommen hat, seitdem klar ist, daß sie keine vorübergehende, sondern eine ständige Erscheinung ist, haben die Regierung und die Arbeitsämter zahlreiche Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen erlassen, deren Anwendung die schwere Lage der Arbeitslosen noch mehr verschlechtert. Und neue Angriffe werden vorbereitet. Die Begleitmusik dazu ist die offene, unverschämte Hetze gegen die Arbeitslosen, die seit einiger Zeit aus den Ministerien und Ämtern zu hören ist.

Da ist die Rede von „schwarzen Schafen bei den Arbeitslosen", da beschimpft der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Farthmann die Arbeitslosen als „arbeitsscheu", da ruft der Bundesarbeitsminister Ehrenberg die Kapitalisten auf, „Drückeberger" zu melden, da heißt es: „Mit der Arbeitswilligkeit ist es schlecht bestellt." So hetzen sie, um einen Keil zwischen die Arbeitslosen und diejenigen, die Arbeit haben, zu treiben. So versuchen sie die Arbeitslosigkeit als Schuld des Einzelnen hinzustellen, um ihre gesellschaftliche Ursache, die in dem System der kapitalistischen Ausbeutung liegt, zu vertuschen. Der Zweck dieser infamen, gegen die Arbeitslosen gerichteten Hetze wird vollends klar, wenn diese Herren im nächsten Atemzug die „Vorschläge" aus der Tasche ziehen, um die sozialen Leistungen für die Arbeitslosen weiter abzubauen und den Druck auf sie zu verschärfen.



In Dortmund liegt das Arbeitsamt direkt gegenüber dem Polizeipräsidium. Offensichtlich soll die Polizei möglichst schnell zur Stelle sein, wenn es darum geht, die Auflehnung der Arbeitslosen gegen ihre empörende Behandlung auf den Ämtern, eventuelle Unruhen und die revolutionäre Agitation und Propaganda unter den Arbeitslosen zu unterdrücken. Offensichtlich wird das Arbeitsamt vom Polizeipräsidium aus genauestens beobachtet und die Arbeitslosen bespitzelt. Als unser Fotograf die obige Aufnahme machte, wurde er sofort von Polizisten angehalten und seine Personalien notiert. Unverschämterweise wollten sie ihm außerdem überhaupt verbieten, zu fotografieren.

Um nur einen davon zu nennen: So kursiert in Regierungskreisen der Plan, das Arbeitslosengeld nach zweimonatiger Arbeitslosigkeit zum Teil nur noch als Kredit auszuzahlen und den Kreditanteil mit fortdauernder Arbeitslosigkeit ständig zu erhöhen. Dieser Plan ist nur einer von vielen, aber er zeigt die Richtung an, nämlich, daß der Staat plant, die Arbeitslosenunterstützung insgesamt abzubauen. Er zeigt, daß die Arbeitslosen ihre Lage gegen die Angriffe des kapitalistischen Staates verteidigen müssen, daß es eine Illusion ist zu glauben, dieser Staat berücksichtige in irgendeiner Weise die Not und das Elend der arbeitslosen Kollegen und helfe, sie zu lindern. Das genaue Gegenteil ist der Fall.

Das Arbeitsförderungsgesetz richtet sich gegen die Arbeitslosen

Schon jetzt ist dies mehr als deutlich. Auf dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit wurde im letzten Jahr ein neues Arbeitsförderungsgesetz im Bundestag verabschiedet. Dieses Gesetz ist ein einziger Angriff auf die Arbeitslosen.

Kernstück des neuen Gesetzes sind die Bestimmungen über die Arbeitsvermittlung. Jeder Arbeitslose ist gezwungen, jede Arbeit, die ihm das Arbeitsamt vermittelt, anzunehmen, sofern sie „zumutbar" ist. Auch die Bestimmungen darüber, was „zumutbar" ist, wurden erheblich verschärft. Dem Arbeitslosen wird eine Stelle in einem anderen Ort angeboten, um sie anzutreten, muß er stundenlange Fahrereien in Kauf nehmen — spielt keine Rolle, „zumutbar". Der Kapitalist bietet einen Hungerlohn an — „zumutbar", sofern dieser Hungerlohn nur nicht unter dem Tariflohn liegt. (Bekanntlich liegen die Löhne heute in den meisten Betrieben effektiv über dem Tariflohn, der Kapitalist hat also bei Neueinstellungen die Möglichkeit, die Löhne erheblich zu drücken.)

Es ist klar, daß das Gesetz damit der Willkür der Kapitalisten Tür und Tor öffnet, indem es die Arbeitslosen zwingt, jede Bedingung, die ihnen die Kapitalisten diktieren, anzunehmen. Im konkreten Fall sieht das so aus: Eine Kollegin aus Dortmund bekommt eine Stelle in Köln vermittelt. Als sie diese Stelle ablehnen will, weil die Umzugskosten zu hoch sind, außerdem ihr Verlobter in Dortmund arbeitet und dort nicht weg kann, wird ihr auf dem Arbeitsamt erklärt, sie habe die Arbeit verweigert und müsse mit einer Streichung der Unterstützung rechnen. Das ist beileibe kein Einzelfall. **Allein die amtliche Statistik für den März dieses Jahres besagt, daß von den 1.084.200 Arbeitslosen lediglich 638.000 eine finanzielle Hilfe bezogen haben, also etwas mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen. Die Zahl der Kollegen, denen die Unterstützung gesperrt oder gestrichen worden ist, stieg seit 1974 um über 60%. In einem Großteil der Fälle lautete die Begründung für die Streichung: Ablehnung einer „zumutbaren" Arbeit.**

Zugleich wurden mit dem neuen Arbeitsförderungsgesetz durch die Einführung neuer „Leistungsklassen" nach Steuerklasse und Familienstand das Kurzarbeitergeld um 10 bis 35% gesenkt und ähnlich verhält es sich mit dem Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe.

Abgesehen von diesen, enthält das neue Gesetz noch zahlreiche andere Bestimmungen mit dem Zweck, die sozialen Leistungen für die Arbeislosen abzubauen. Um nur noch eine zu nennen. Es heißt, Arbeitslose müssen täglich, ja stündlich verfügbar sein. In einer Familie mit Kindern z. B., in der die Frau arbeitslos ist, ist diese nicht frei verfügbar, weil sie auf die Kinder aufpassen muß. Da sie nicht die Bedingungen des Arbeitsförderungsgesetzes erfüllt, erlischt ihr Anspruch auf Unterstützung ebenso wie ihr Anspruch auf Vermittlung.

Millionen bekommen keinen Pfennig

So sieht also das wahre Gesicht des Bonner „Sozialstaates" aus. Es ist daher eine Frechheit, wenn es immer wieder heißt, den Arbeitslosen gehe es doch im Grunde so gut, daß sie gar nicht daran denken, ernsthaft eine Arbeit zu suchen. Es gibt eine offizielle Statistik, die besagt, daß im Jahre 1976 ein durchschnittliches Arbeitslosengeld in der Höhe von 940 DM ausgezahlt worden ist. Wie jeder weiß, ist das eine Summe, mit der man kaum über die Runden kommen kann. Ganz abgesehen davon, daß eine große Zahl überhaupt kein Arbeitslosengeld bekommt und auch nicht in der offiziellen Arbeitslosenstatistik auftaucht. Dazu gehören die Jugendlichen, die nach der Schule keine Lehrstelle und auch keinen Arbeitsplatz gefunden haben. Ihre Zahl liegt bei über 100.000, und sie erhalten keinen Pfennig. Dazu gehören auch die Kollegen, die schon so lange arbeitslos sind, daß sie zu Fällen für die Sozialfürsorge degradiert wurden; die Frauen, die jede Hoffnung aufgegeben haben, eine Arbeitsstelle zu finden und die ausländischen Kollegen, denen die Arbeitserlaubnis entzogen wurde. Sie alle erhalten ebenfalls keinen Pfennig von den Arbeitsämtern. Die Zahl all dieser Kollegen liegt ebenfalls bei weit über einer Million. Ständig steigt außerdem die Zahl der Kollegen, die über ein Jahr lang arbeitslos sind. Damit verlieren sie ihren Anspruch auf das Arbeitslosengeld und sind auf die Arbeitslosenhilfe angewiesen. Schon im September 1976 lag die Zahl dieser Kollegen bei 20% aller Arbeitslosen und sie steigt ständig. Die Höhe der Arbeitslosenhilfe beträgt 58% des Nettolohns, aber dazu kommt, daß sie nicht automatisch gezahlt wird. Hier gilt der Grundsatz der „Bedürftigkeit". Verdient die Frau eines arbeitslosen Kollegen, wird die Hilfe gestrichen oder gekürzt. Bei Jugendlichen wird der Verdienst der Eltern herangezogen, Großmütter und Großväter haften für ihre Söhne, Töchter und Enkel.

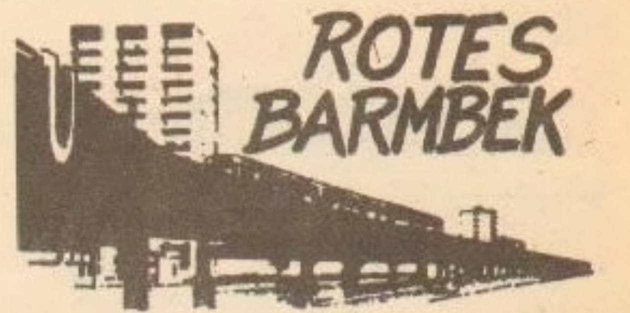
Mit anderen Worten: Wer über ein Jahr arbeitslos ist, wird erbarmungslos in Not und Elend gestürzt, für den bleibt in vielen Fällen nur der Gang zur Sozialfürsorge, der wird eingereiht in das Millionenheer derjenigen, die in der Bundesrepublik unter dem offiziell festgelegten Existenzminimum leben müssen.

Kampf dem bürgerlichen Staat!

Die Arbeitslosen in der Bundesrepublik können ihr Vertrauen und ihre Hoffnungen nicht in den bürgerlichen Staat, nicht auf die Versprechungen der Politiker und ihre „Programme" setzen. Dieser Staat macht für sie keinen Finger krumm, er ist ihr Feind. Um ihre Lage erträglicher zu gestalten, müssen sich die Arbeitslosen deshalb gemeinsam mit ihren arbeitenden Kollegen im Kampf gegen die Angriffe dieses kapitalistischen Staates zusammenschließen. Kämpfen wir für die endgültige Beseitigung der Arbeitslosigkeit, dieser Geißel des Kapitalismus, kämpfen wir für die sozialistische Revolution, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Stadtteilzeitungen der KPD/ML





















Zeitungen der ROTEN GARDE





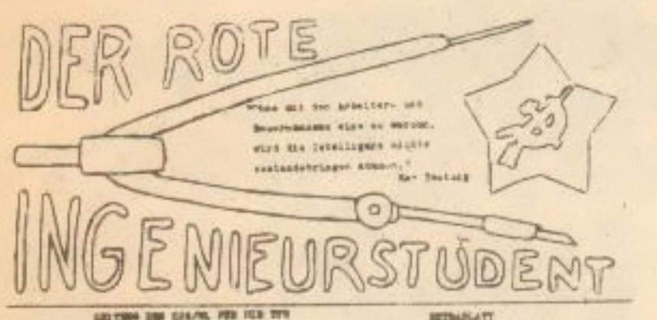


















Keine Arbeitslosigkeit in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien

Der Sozialismus sichert Arbeit für jeden

Welchen Arbeiter, welchen kleinen Angestellten bedrückt heute nicht die Sorge um seinen Arbeitsplatz? Seit mehr als vier Jahren sind es kontinuierlich weit über eine Million Werktätige, die ein Jahr, zwei Jahre und länger arbeitslos sind. Diese Tatsachen zeigen, daß die Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik keineswegs ein vorübergehendes Phänomen ist, sondern ein chronisches Leiden der kapitalistischen Gesellschaft.

Ein großes und ständig wachsendes Arbeitslosenheer gibt es aber auch in der revisionistischen Sowjetunion, in Polen, in Jugoslawien usw. Die bürgerlichen Politiker versuchen diese Tatsache demagogisch auszunutzen, um zu „beweisen", daß es keine Alternative zur „freien Marktwirtschaft" gebe, daß auch der Sozialismus das Recht auf Arbeit nicht sichern könne. Das ist eine billige Lüge. Denn diese Länder sind keineswegs sozialistisch. In ihnen ist schon längst der Kapitalismus wieder vollständig hergestellt. Das Heer der Arbeitslosen, das in diesen Ländern existiert, ist ein Ergebnis der Restauration des Kapitalismus. Die Arbeitslosigkeit unter den sowjetischen, polnischen und jugoslawischen Arbeitern beweist deshalb nicht, daß der Sozialismus ebenfalls das Recht auf Arbeit nicht sichern kann, sondern beweist ganz im Gegenteil, daß Arbeitslosigkeit ein Grundübel des Kapitalismus ist.

Nicht umsonst wird deshalb auch von den bürgerlichen Politikern verschwiegen, daß es in Europa ein Land gibt, in dem die Arbeitslosigkeit ausgemerzt ist und das Recht auf Arbeit in der Verfassung und in der sozialistischen Wirklichkeit garantiert ist. Das ist die Sozialistische Volksrepublik Albanien.

In der albanischen Verfassung heißt es im Paragraphen 42: *„In der Sozialistischen Volksrepublik Albanien haben die Bürger das Recht auf Arbeit, das durch den Staat garantiert wird. Arbeit ist Pflicht und Ehre für jeden arbeitsfähigen Bürger. Die Bürger haben das Recht, ihren Beruf nach ihren persönlichen Fähigkeiten und Neigungen und im Einklang mit den Erfordernissen der Gesellschaft zu wählen und auszuüben."*

Tatsächlich gibt es in Albanien keinen einzigen Arbeitslosen, keinen Jugendlichen, der die Schule nicht mit der sicheren Aussicht auf einen Arbeitsplatz verläßt, keinen einzigen Arbeiter oder Werktätigen in der Landwirtschaft, dessen Arbeitsplatz bedroht ist. Während in den kapitalistischen Ländern die Zahl der Arbeitslosen steigt, steigt im sozialistischen Albanien die Zahl der Beschäftigten und zwar vor allem derjenigen, die in der Produktion tätig sind. In den Jahren des sozialistischen Aufbaus hat sich die Bevölkerung des Landes mehr als verdoppelt, im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Arbeiter um das 27fache. Das heißt, daß in diesen Jahren Tausende und Abertausende von Arbeitsplätzen geschaffen wurden. Arbeit gab es auch für Tausende von Frauen, die in diesen Jahren — im Gegensatz zur Zeit vor der Befreiung — in die Produktion eintraten, Arbeit gab es für alle, deren Arbeitskraft durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt frei wurde. Neue Arbeitsplätze entstanden sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. Die Landflucht, ein Ergebnis der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, ist in Albanien unbekannt.

In seinem Bericht auf dem 7. Parteitag stellte Genosse Enver Hoxha, der Führer der Partei der Arbeit Albaniens, fest: *„Die Partei betrachtet die Beschäftigung der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung mit gesellschaftlich nützlicher Arbeit nach wie vor als einen der wichtigsten Wege, um das Lebensniveau systematisch zu heben... Im neuen Fünfjahrplan werden 95.000 neue Arbeitskräfte ein Arbeitsverhältnis mit dem Staat eingehen, in den landwirtschaftlichen Genossenschaften werden 130.000 neu eingestellt werden. Der Sozialismus sichert Arbeit für alle."* 225.000 neue Arbeitsplätze in den nächsten fünf Jahren — übertragen auf die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik wären das 6.000.000 neue Arbeitsplätze!

> **RADIO TIRANA**
>
> **Stimme des einzigen sozialistischen Senders in Europa**
>
> **„Radio Tirana-Ausgewählte Sendungen" Diese Hefte enthalten die wichtigsten der deutschsprachigen Sendungen von Radio Tirana - wichtige politische Analysen, Kommentare, und Informationen über**
> * den sozialistischen Aufbau in Albanien
> * den Standpunkt der PAA zu internationalen Fragen
> * die revolutionären Kämpfe in der ganzen Welt
> * die marxistisch-leninistische Weltbewegung
> * grundlegende Fragen des Marxismus-Leninismus
>
> Erscheint 14-tägig; 48 Seiten; Einzelheft 1,- DM, für 1 Jahr 26,- DM, für 1/2 Jahr 13,- DM.
> Fordern Sie Probeexemplare an!
> Bestellungen an: Rotfront-Verlag, Postfach 3746, 2300 Kiel 1

Aber im sozialistischen Albanien besitzen die Werktätigen nicht nur das Recht auf Arbeit. Sie ernten auch die Früchte ihrer Arbeit. Die Hebung des Lebensstandards und des kulturellen Niveaus der Werktätigen steht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Partei der Arbeit Albaniens und des sozialistischen Staates. Albanien kennt keine Preissteigerungen. Es ist das einzige Land der Welt, in dem die Steuern abgeschafft sind, das vollständig — bis ins letzte Bergdorf — elektrifiziert ist. Die albanischen Werktätigen zahlen weder Renten- noch Krankenversicherungsbeiträge usw.

All dies sind glänzende Beweise der Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus. Aber diese Errungenschaften sind den albanischen Werktätigen natürlich nicht in den Schoß gefallen. Sie sind das Ergebnis harten Kampfes, großer Opfer und fleißiger Arbeit. Sie wurden möglich, weil die albanischen Werktätigen unter der prinzipienfesten Führung der Partei der Arbeit Albaniens die Herrschaft der Ausbeuterklassen stürzten, die Diktatur des Proletariats errichteten und eine sozialistische Wirtschaft und Landwirtschaft aufbauten. Weil die PAA konsequent am Klassenkampf festhielt, die Diktatur des Proletariats ständig weiter gefestigt und der Sozialismus im Einklang mit dem Prinzip des Sich-Stützens auf die eigenen Kräfte aufgebaut wurde. Die Erfolge, die das sozialistische Albanien so errungen hat, sind damit gleichzeitig ein Schlag gegen die bürgerliche und revisionistische Propaganda, die behauptet, daß der Sozialismus keine Dauer haben kann, daß er notwendig entarten muß.

Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa, ist deshalb eine große Ermutigung auch für die deutsche Arbeiterklasse, die deutschen Werktätigen, die unter der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung leiden, den Kampf für die sozialistische Revolution aufzunehmen, mit der KPD/ML für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland zu kämpfen, in dem es keine Ausbeutung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen durch die Kapitalisten, keine Arbeitslosigkeit und keine Inflation, keine Krisen und keine wirtschaftliche Not mehr gibt.

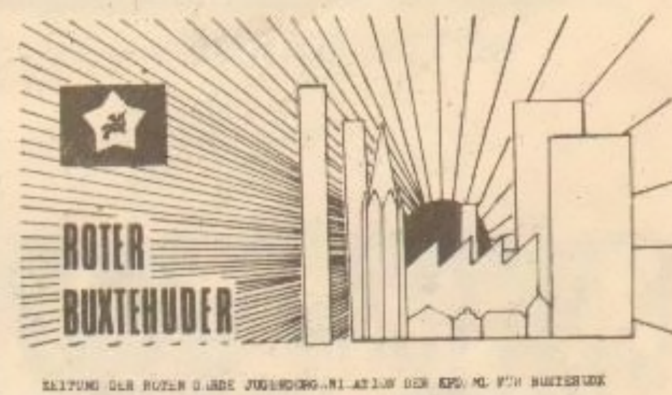


Die albanischen Werktätigen feiern den 1. Mai.

Zeitungen der ROTEN GARDE





















Zeitungen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, die seit dem letzten 1. Mai erschienen sind.

















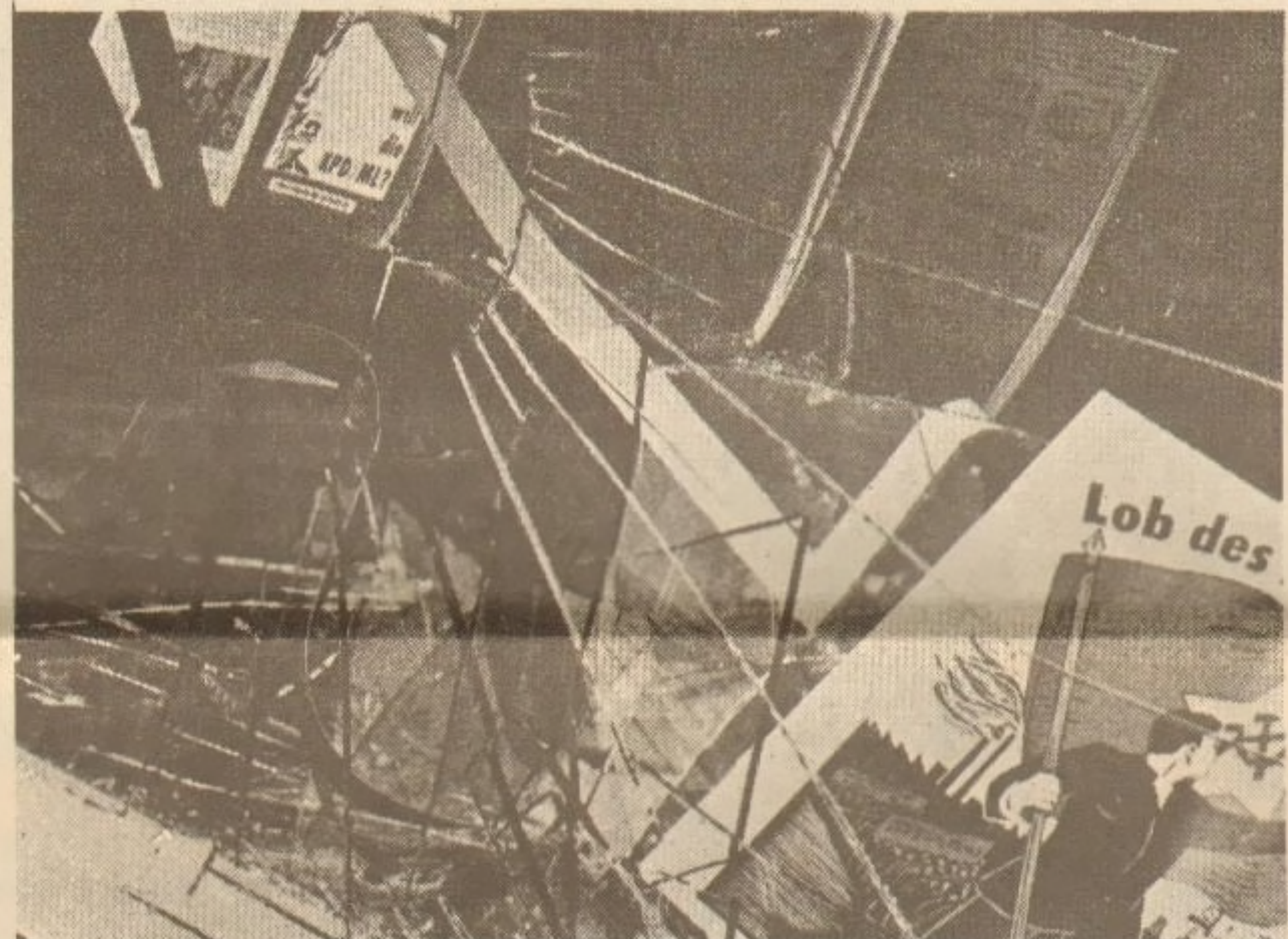


D'K'P-Sozialfaschisten

Staatlich geschützte Banditen

Mag mancher vielleicht noch meinen, die D„K"P-Revisionisten seien nur „irrende Kommunisten", so zeigen die Tatsachen, daß es sich um Verräter handelt, die vor faschistischem Terror nicht halt machen, um gegen wirkliche Kommunisten und Revolutionäre vorzugehen. Sie sind wie ihre Brüder in Ostberlin und Moskau Sozialfaschisten, die bei ihrem Vorgehen gegen unsere Partei voll und ganz den Schutz von Polizei und Justiz genießen. Das zeigen die im folgenden geschilderten Vorfälle aus Essen.

Es war am 4. März, gegen Abend. Der Essener Buchladen der KPD/ML wollte gerade schließen. Einige Kunden, die Literatur kaufen wollten, waren noch im Laden. Plötzlich standen acht bis zehn Schläger in der Tür, bewaffnet mit armdicken, einen Meter langen Holzknüppeln, und stürmten den Laden. Zwei fielen mit ihren Knüppeln über die Anwesenden her. Einen Kunden, der sich wehrte, versuchten sie brutal zu erschlagen. Mit aller Gewalt zielte einer der Schläger mit seinem Knüppel auf den Kopf des Kunden. Nur durch seine Reflexbewegung — er riß schützend seinen Arm vor sein Gesicht — konnte er sein Leben retten. Sein Arm wurde von dem Schlag unterhalb des Ellenbogens gebrochen. Andere Kunden wurden ebenfalls geschlagen. Sie trugen Prellungen und Schürfwunden davon und wurden von den Schlägern mit einer teerartigen Masse überschüttet. Zugleich verwüsteten die Schläger den Buchladen. Die entschiedene Gegenwehr der Kunden und Genossen im Laden konnte die Schlägerbande schließlich verjagen.




Zerstörtes Schaufenster des Essener Büros der KPD/ML

Dieser faschistisch vorgehende Schlägertrupp — das waren nicht etwa Faschisten der NPD oder anderes braunes Gesindel, sondern es waren Typen, die ihren Faschismus hinter Phrasen vom Sozialismus zu verbergen suchen: die Sozialfaschisten der D„K"P. Sie sind auf ihre Art nicht anders als die SS-Banden Hitlers. Sehen wir uns doch nur das Vorgehen ihrer Brüder an, die in der DDR an der Macht sind: ihre Morde an der Mauer, ihre brutale Unterjochung der Werktätigen Ostdeutschlands, ihre wilde Verfolgung all derjenigen, die gegen dieses Unterdrückerregime sich erheben. All das zeigt: Die D„K"P/SED-Revisionisten sind Faschisten, auch wenn sie sich fortschrittlich geben, ja sogar als Kommunisten aufspielen wollen.

Gleich nach dem Überfall auf das Essener Parteibüro flüchtete die Schlägerbande in drei bereitstehende Autos, eines davon ein blauer Opel-Rekord 1700 mit dem Kennzeichen E - PC 669. Die Nachforschung ergab: Die Adresse des Wagenhalters ist identisch mit der Anschrift der NRW-Zentrale der D„K"P-Jugendorganisation SDAJ: Dieter Held, Essen, Bersonstr. 11.

Schon seit geraumer Zeit versuchen die D„K"P-Revisionisten in Essen mit sozialfaschistischem Terror den Kampf der Partei und insbesondere die Entlarvung der D„K"P abzuwürgen. Bei D„K"P-Veranstaltungen, vor denen Genossen Flugblätter verteilen, setzen sie ihre Schlägertrupps ein. Vor einem Jahr, als die Partei eine Kampagne gegen die D„K"P-Revisionisten durchführte, überfielen diese nachts eine Genossin der KPD/ML vor ihrer Wohnungstür, hielten sie fest und versuchten ihr in den Unterleib zu treten. Die Genossin wehrte sich so heftig, daß die Revisionisten flohen. Einem Genossen des KSB/ML, der Studentenorganisation der KPD/ML, drohten die Revisionisten nach einem Überfall: „Das nächste Mal kommst du nicht mehr mit dem Leben davon." Auch in anderen Städten haben diese Sozialfaschisten bereits mehrere Anschläge auf Genossen unternommen. In Kiel z. B. warfen sie einen Genossen feige von hinten eine Treppe hinunter. In Bochum versuchten D„K"P-Schläger während der Landtagswahl sogar nachts einen Genossen mehrmals mit einem Auto zu überfahren.

Der jüngste Anschlag in Essen geschah im Zusammenhang mit der Verschleppung unseres Genossen Bernd Hübner durch die Ostberliner Sozialfaschisten. Die KPD/ML hatte allein in Essen über 500 Plakate geklebt, auf denen das Vorgehen des sozialfaschistischen Honecker-Regimes entlarvt wurde.

Eines der drei Autos, mit denen die D„K"P-Schläger geflohen sind.

Die Polizei schützt die Sozialfaschisten

Was aber unternahm die Polizei in Essen gegen den Überfall? Praktisch nichts. Sie weigerte sich, eine Fahndung nach den geflüchteten Tätern einzuleiten. War ihnen etwa die Wagennummer nicht bekannt? Doch: Keine zwei Minuten nach dem Überfall erfuhr die Polizei von Zeugen auf der Straße die Nummer des einen Fluchtautos. Während sonst die Polizei wilde Verfolgungsjagden startet, wenn nur jemand bei rot über die Ampel fährt, so dachte sie in diesem Fall nicht im geringsten daran, eine Fahndung auszulösen. So haben sie von vornherein verhindert, daß die D„K"P-Schläger nach dem Überfall sogleich gefaßt und Beweise sichergestellt worden sind.

Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft zeigt noch deutlicher, daß diesen Sozialfaschisten bei ihrem Vorgehen gegen Kommunisten und Revolutionäre völlig freie Hand gelassen, ja ihr Vorgehen sogar noch gefördert wird. Wider besseres Wissen lehnte die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen die Täter wegen versuchten Totschlags ab, obwohl ihr Strafanträge mit ausführlicher Schilderung des Tathergangs vorliegen. Bis heute ist noch nicht gegen die Sozialfaschisten vorgegangen worden. Eine bei dem Überfall verletzte Kundin, die bei der Polizei Strafanzeige wegen Körperverletzung stellen wollte, wurde sogar abgewiesen mit der Begründung, man sei nicht zuständig, sie müsse sich vielmehr zum K 14, der Abteilung der politischen Polizei, begeben.

Das K 14 ermittelt allerdings sorgfältig — doch nicht etwa gegen die D„K"P-Revisionisten und ihr Schlägerkommando, sondern es nutzt die Lage dazu, Ermittlungen über die KPD/ML anzustellen! So erschien der K 14-Beamte Nöllenburg zum Beispiel mit Fotos des Ladenmieters bei dem Vermieter, um ihn über den Genossen und über die Partei auszufragen. Die betroffenen Kunden versuchte Nöllenburg zu einem Gespräch aufs Präsidium einzuladen, um sie auszufragen. Als diese aber auf einer ordentlichen Zeugenvernehmung bestanden, sah die folgendermaßen aus: Nöllenburg stellte Fragen zur Politik der KPD/ML, erkundigte sich, ob er nicht Flugblätter von ihnen bekommen könnte, um so herauszufinden, welche politische Gesinnung die als Zeugen auftretenden Kunden haben, ob sie Verbindungen zur Partei haben und ob sie nicht sogar Funktionen in der Partei haben. Offenbar soll versucht werden, den Kunden einen Strick daraus zu drehen, daß sie als Zeugen gegen einen Überfall auf die KPD/ML auftreten.

Man sieht also: Die Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter gehen nicht etwa gegen die sozialfaschistischen Schläger der D„K"P vor, sondern gegen die Partei. Mehr noch, die Sozialfaschisten werden direkt durch den kapitalistischen Staatsapparat geschützt. So arbeitet man sich gegenseitig in die Hände: Die D„K"P-Revisionisten besorgen die Drecksarbeit, die Verwischung der Spuren aber übernimmt der Staatsapparat mit seinen Organen. Was ist das Vorgehen der Essener Polizei anderes als eine Ermutigung der D„K"P-Sozialfaschisten, künftig ihren Terror gegen Kommunisten und Revolutionäre noch mehr auszuweiten?

Doch die D„K"P-Revisionisten können sicher sein: Unsere Partei wird sich nicht darauf verlassen, daß Justiz und Staatsapparat für eine Bestrafung der revisionistischen Schlägerbanden sorgen. Wir haben nicht die Illusion, daß dieser Staat, der selbst das Unterdrückungsorgan der Kapitalisten gegen die Werktätigen ist, von sich aus seine eigenen Agenten, seine von ihm geschützten Schlägerbanden verfolgt. Wir werden, gestützt auf die eigene Kraft und die Solidarität der Bevölkerung, allseitig den Kampf gegen die modernen Revisionisten, die gegen die Marxisten-Leninisten nicht nur mit verlogenen Losungen, sondern auch mit faschistischem Terror vorgehen, führen.

Zeitungen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, die seit dem letzten 1. Mai erschienen sind.























DIE „THEORIE DER DREI WELTEN“ — EINE MARXISTISCH-LENINISTISCHE THEORIE?

Ein wichtiger Beitrag zur Entlarvung der Thesen der neuen internationalen opportunistischen Strömung und ihrer „Theorie der drei Welten“. Erweiterte Wiedergabe der Beilage zu „Roter Morgen“ Nr. 11/77 — jetzt als preiswerte Broschüre

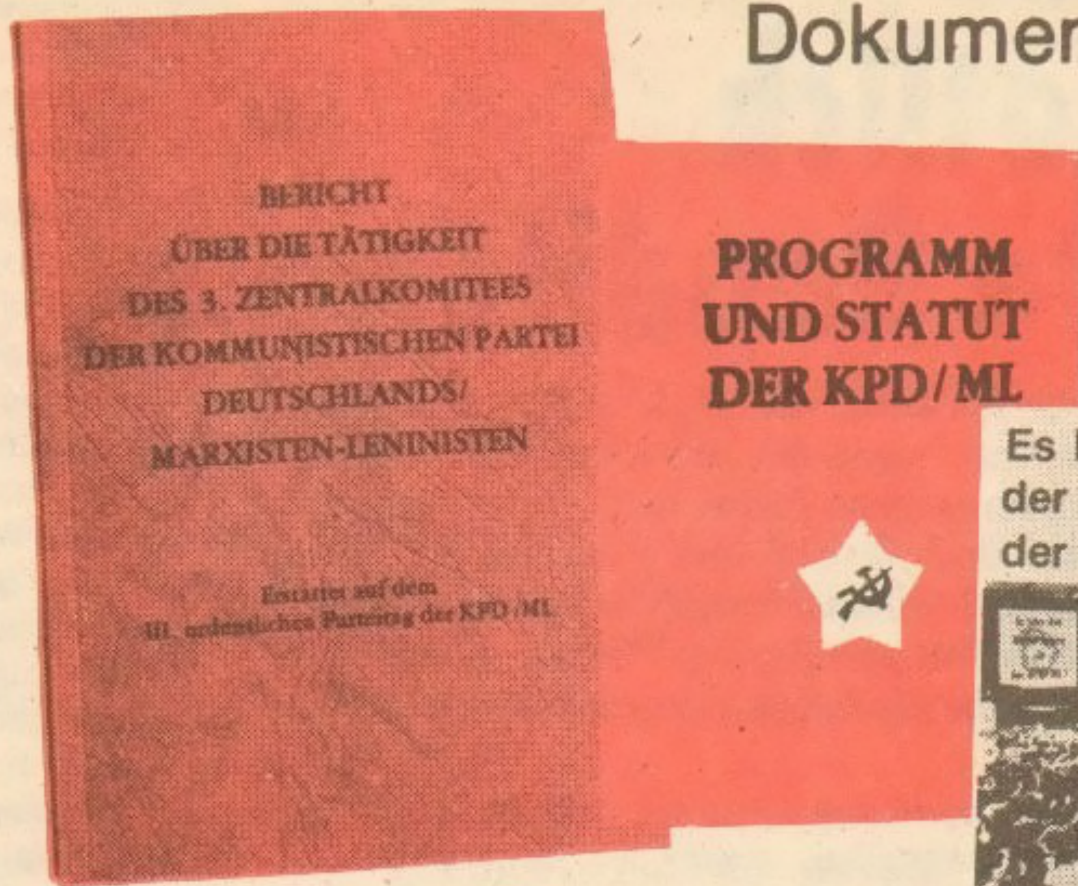


6,80



5,80

Dokumente des III. Parteitages der KPD/ML



4,00 5,00



Neu 4,80

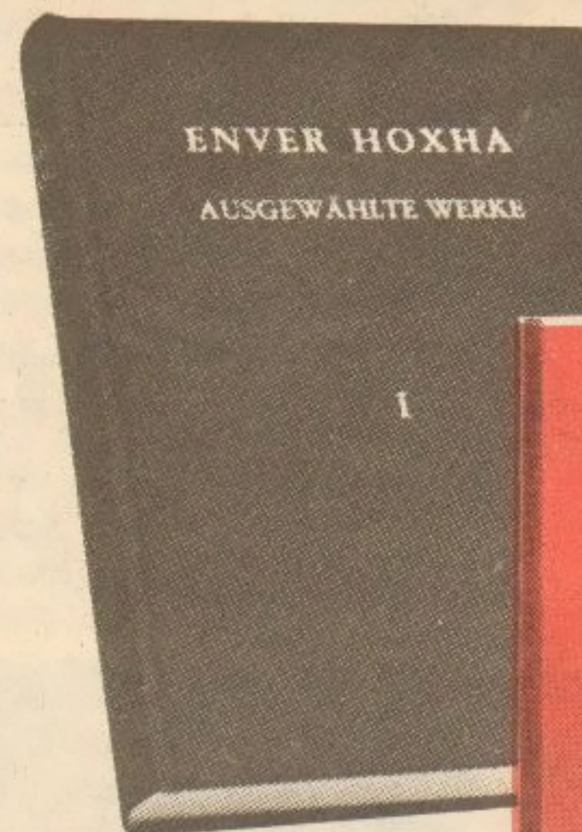
• **Programm und Statut der KPD/ML,** beschlossen vom III. ordentlichen Parteitag der KPD/ML. 304 Seiten, Format A 6, flexibler Plastikeinband, DM 5,00. • **Bericht über die Tätigkeit des 3. Zentralkomitees der KPD/ML,** erstattet auf dem III. ordentlichen Parteitag der KPD/ML. Aus dem Inhalt: * Die internationale Lage * Zur Lage in Deutschland * Feuer auf den Verrat des modernen Revisionismus * Aufbau und Kampf der Partei — Rückblick auf die Zeit seit dem II. ordentlichen Parteitag * Die nächsten Kampfaufgaben der Partei * Über das Programm der Partei. 134 Seiten, DM 4,00. • **Es lebe der III. Parteitag der KPD/ML,** Dokumente der öffentlichen Abschlußveranstaltung des III. ordentlichen Parteitages der KPD/ML am 5. Februar 1977: * Reden * Grußbotschaften * Berichte * Bilddokumente. 148 Seiten, DM 4,80.

Enver Hoxha Werke

Autorisierte Übersetzungen der albanischen Ausgaben

• **Ausgewählte Werke, Band I:** Reden und Schriften aus den Jahren 1941 — 1948. 794 Seiten, Kunstledereinband mit Goldprägung, DM 24,00. • **Der Kampf der Partei der Arbeit Albaniens gegen den Chruschtschow-Revisionismus** (Auswahl aus dem 19. Band der Werke Enver Hoxhas). 356 Seiten, Kunstledereinband mit Goldprägung, DM 17,00. • **Bericht über die Tätigkeit des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens,** erstattet auf dem 7. Parteitag der PAA am 1. November 1976, 270 Seiten, DM 5,80. •

Weitere Schriften des Genossen Enver Hoxha:
* **Rede des Ersten Sekretärs des ZK der PAA vor seinen Wählern** im Wahlkreis 209 von Tirana am 3. Oktober 1974, 66 Seiten, DM 0,80. * **Rede im Namen des ZK der PAA auf der Moskauer Beratung 1960.** 92 Seiten, DM 1,80. * **Ausgewählte Reden und Aufsätze** aus der Zeit von 1957 bis 1974. 249 Seiten, DM 4,00.



24,00 17,00 5,80

ENVER HOXHA Ausgewählte Reden und Aufsätze

Diese Auswahl von z.T. in deutscher Sprache bislang unveröffentlichten Reden und Aufsätzen des Genossen Enver Hoxha, wie der wichtige Artikel zur Situation in den revisionistischen Ländern Osteuropas „Der Kampf der Arbeiterklasse in den revisionistischen Ländern“ vom 24. 3. 1968, ist ab sofort zu dem ermäßigten Preis von nur DM 4,00 zu beziehen.

4,00.

„Kleine Bücherei der Roten Garde“

Die Reihe wird fortgesetzt. Jeder Band mit Bildteil. Im Abonnement je Band eine Mark billiger.

Neu

Albanische Jugend geboren und erzogen in der Revolution — Kleine Bücherei der Roten Garde — 4,00

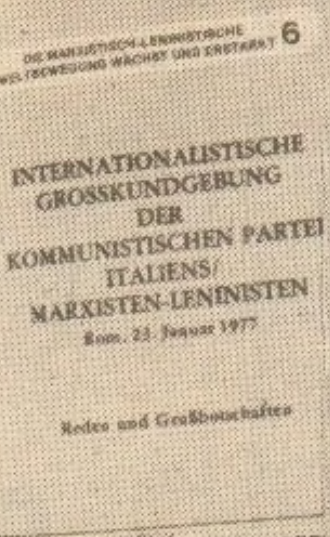
Lenin und Stalin über die Jugend — Kleine Bücherei der Roten Garde — 6,00

Neu 2,00 — Ernst Aust: Die Jugend wird den Kampf entscheiden

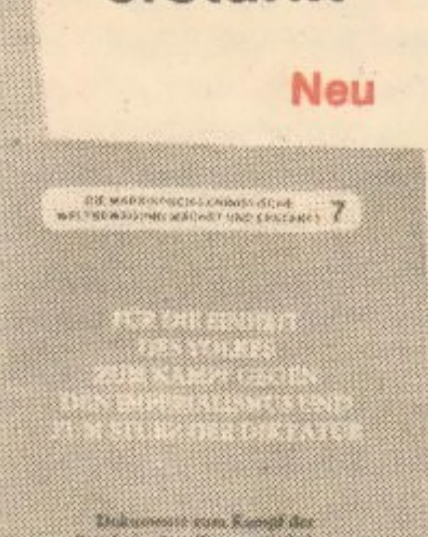
„Die marxistisch-leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt“



2,00
23 Seiten



Neu 2,50
68 Seiten



Neu 3,00
80 Seiten

Albanien heute Einzelheft 1,50









Neues Albanien Einzelheft 2,00

Jahres-abonnement (6 Hefte) nur 8,25

Albanische Zeitschriften

• **Albanien Heute** bringt wichtige und grundlegende Artikel zu * Fragen des sozialistischen Aufbaus in Albanien * Fragen der internationalen Politik * und des Marxismus-Leninismus * Pressespiegel * Nachrichten aus Albanien

• **Neues Albanien:** Eine illustrierte Zeitschrift, die in leichtverständlichen Texten und informativen Bildern sehr anschaulich und konkret über die verschiedenen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Albanien berichtet * Über den sozialistischen Aufbau in Albanien * Das Leben der albanischen Werktätigen * Über Kultur, Volkskunst, archäologische Ausgrabungen * Erzählungen, Kurzgeschichten

Bestellungen an: GEWISO-Buchvertrieb Neue Adresse: 2 Hamburg 50, Postfach 500568 Tel.: 040/3902959

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag G. Schneider Postfach 300526

4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . .

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: . . . .

Straße: . . . .

Plz/Ort: . . . .

Unterschrift: . . . . **Datum:** . . . .

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen“, Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 433691 und 433692. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen“, Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4399137. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162. Öffnungszeiten: Di.-Fr. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6800 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/ 376744. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen“, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen“, Maistr. 69, Tel.: 089/535987. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding). Buchladen „Roter Morgen“, Schererstr. 10, Tel.: 030/4652807. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen“, Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen“, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/177404. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen“, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/511537. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-19, Sa. 10-13 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr 70, Tel.: 0421/393888. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

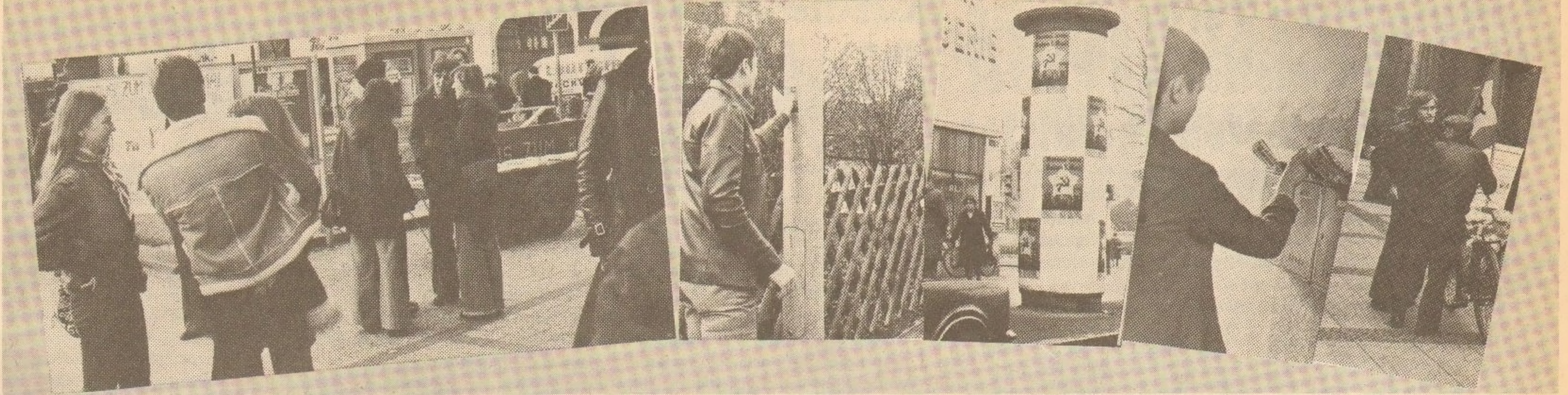
6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen“, Burgstr. 78, Tel.: 0611/437595. Öffnungszeiten: Di.-Fr. 16-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen“ Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do. 9-13 Uhr und 15-18 Uhr, Di. und Fr. 9-13 und 15-18,30 Uhr, Sa. 9-13

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/854124. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen“, Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939. Öffnungszeiten: Mo, Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen“, Bremer Platz 16, Tel.: 0251/65205. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.



Mit Ständen, dem Extrablatt des „Roten Morgen", Sonderausgaben der Betriebs- und Stadtteilzeitungen und in zahllosen Gesprächen am Arbeitsplatz, in der Schule, in den Häusern und auf der Straße warben Genossen der Partei und der ROTEN GARDE unter den Arbeitern und Werktätigen für die Teilnahme am Roten 1. Mai.

April im Bild



In Rom fand am 17. April eine Großveranstaltung zum Gedenken an Antonio Gramsci, den Begründer der Kommunistischen Partei in Italien, und den antifaschistischen Widerstandskampf statt. Auch an dieser Veranstaltung nahmen Delegationen marxistisch-leninistischer Bruderparteien teil.



In mehreren Städten der Bundesrepublik und in Westberlin fanden im März Veranstaltungen statt, auf denen ein Vertreter der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles über den Kampf seines Volkes gegen die faschistische Diktatur sprach.



Am 17. April fand in Lissabon eine begeisternde Massenveranstaltung zum Abschluß des II. Parteitages der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut) statt. An der Veranstaltung nahmen eine Delegation der PAA und anderer marxistisch-leninistischer Parteien teil. Die Delegation der KPD/ML wurde von Ernst Aust, dem Vorsitzenden der Partei geleitet.



Anläßlich des Besuchs von Juan Carlos in der Bundesrepublik demonstrierten in Bremen 700 Menschen gegen die Zusammenarbeit zwischen dem westdeutschen Imperialismus und dem faschistischen Regime Spaniens.



Mit einer Treckerblockade erzwangen Bauern der Warburger Börde den vorzeitigen Abbruch eines britischen Manövers.



Gegenwärtig verstärken sich die Kämpfe gegen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen. Die Partei unterstützt diese Kämpfe entschlossen. Bild: Stand der Partei bei einer Demonstration in Oberhausen.

Kämpferische Veranstaltung der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten

Am 17. April fand in Rom eine kämpferische Großveranstaltung der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten statt. Die Veranstaltung war der Bedeutung des Werks Antonio Gramscis und des antifaschistischen Widerstands für den heutigen Kampf für den Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus gewidmet.

Eine besondere Bedeutung erhielt diese Veranstaltung durch die Teilnahme einer Delegation der Partei der Arbeit Albaniens unter der Leitung des Genossen Foto Cami. Die albanische Delegation, die erste, die Italien und die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten besuchte — wurde von den Teilnehmern der Veranstaltung mit großem Enthusiasmus begrüßt. Immer wieder erklangen die Parolen „Es lebe die Partei der Arbeit Albaniens" — „Es lebe der Genosse Enver Hoxha!" Außerdem nahmen Delegationen von marxistisch-leninistischen Parteien aus Chile, Griechenland, Deutschland, Portugal, San Marino und Spanien teil.

Höhepunkt der Veranstaltung war die Rede des Genossen Fosco Dinucci, des ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten, die immer wieder von Beifall und revolutionären Sprechchören unterbrochen wurde. Genosse Fosco Dinucci würdigte das Werk Antonio Gramscis, des großen italienischen Marxisten-Leninisten und proletarischen Internationalisten, der 1921 gegen den Verrat der Revisionisten der II. Internationale die Kommunistische Partei Italiens gründete, und den Kampf der italienischen Partisanen und der Massen, die sich am 25. April 1945 zum Aufstand erhoben. Er entlarvte den Verrat der modernen Revisionisten vom Schlage Togliattis und Berlinguers an diesem großen Vermächtnis der italienischen Arbeiterbewegung und erklärte, daß es nur die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten ist, die unter der Fahne des Marxismus-Leninismus kämpft, an den Prinzipien des proletarischen Internationalismus festhält und für das Ziel kämpft, für dessen Verwirklichung Antonio Gramsci die Partei gründete: für den Sieg der proletarischen Revolution in Italien, für den Sieg der Revolution und des Sozialismus auf der ganzen Welt.

Eingehend auf die internationale Lage betonte Genosse Fosco Dinucci die Notwendigkeit des entschlossenen Kampfes gegen die beiden gefährlichsten Feinde des Sozialismus, der Arbeiterklasse und der Völker, gegen den USA-Imperialismus und den russischen Sozialimperialismus, wobei die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten niemals den Kampf gegen die innere Reaktion einstellen, sondern gleichzeitig den Kampf gegen die italienische Bourgeoisie mit dem Ziel ihres endgültigen Sturzes vor Augen verstärken wird. Genosse Fosco Dinucci betonte, daß es in diesem Kampf in der heutigen Situation ein dringendes Erfordernis ist, die Einheit und die Zusammenarbeit der marxistisch-leninistischen Parteien zu festigen. Denn nur so läßt sich der Ruf von Karl Marx „Proletarier alle Länder vereinigt euch" und der Ruf von Lenin „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch" verwirklichen.


Genosse Foto Cami und Genosse Fosco Dinucci

Die Vertreter der Delegationen der anwesenden marxistisch-leninistischen Parteien drückten der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten alle ihren Dank aus für die Organisierung dieser Veranstaltung, die einen großen Beitrag zum proletarischen Internationalismus darstellt. Sie betonten die brüderliche Verbundenheit zwischen der Arbeiterklasse und den Werktätigen ihres Landes mit der italienischen Arbeiterklasse, mit dem Kampf der italienischen Werktätigen, sie bekräftigten die brüderliche Kampfverbundenheit zwischen ihrer Partei und der italienischen Partei. Die Veranstaltung, die eine Demonstration des revolutionären Kampfes der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten und des proletarischen Internationalismus war, schloß mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale.

VANGUARDIA OBRERA — SEMANAL
Spanien

Bandeira Vermelha — ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUES (RECONSTRUÍDO)
Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die ,,Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus'' (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien
PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità — ORGANO CENTRALE DEL PARTITO COMUNISTA D'ITALIA (m.-l.)

Griechenland
ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

KSZE-Treffen in Belgrad

Die Unsicherheitskonferenz wird fortgesetzt

Hinter verschlossenen Türen, in — wie es heißt — „vertraulichen Gesprächen" bereiten gegenwärtig die Chefs aller europäischen Regierungen, mit Ausnahme der albanischen, die zweite Runde der Unsicherheitskonferenz (KSZE) vor. Zwei Jahre nach ihrem Treffen in Helsinki wollen sie nun in Belgrad überprüfen, ob in allen Staaten die Vereinbarungen der ersten Konferenzrunde verwirklicht worden sind.

Aber die Bilanz sieht schlecht aus für sie. Wie sehr sie auch wieder den „Geist von Helsinki" beschwören mögen, die europäische Wirklichkeit straft all ihre schönen Worte Lügen. Diese Wirklichkeit ist keineswegs gekennzeichnet durch „Sicherheit", „friedliche Koexistenz", „Nichtanwendung von Gewalt", „Respektierung der Menschenrechte" und was sonst noch in den Protokollen von Helsinki steht. Diese Wirklichkeit ist gekennzeichnet von harten Klassenkämpfen in allen europäischen Ländern, sie ist gekennzeichnet durch die wilde Rivalität der beiden Supermächte, die seit Helsinki zu einer noch stärkeren Bedrohung für die Völker Europas geworden ist.

Die amerikanischen und die russischen Imperialisten, sie haben die Unsicherheitskonferenz in Gang gesetzt, um ihre reaktionären Ziele durchzusetzen. Das sozialistische Albanien, das einzige europäische Land, das sich weigerte, dabei mitzuspielen, erklärte vor der Konferenz von Helsinki: „Die unter Leitung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika manipulierten und abgeschlossenen Vereinbarungen, Verträge, Zugeständnisse und Kompromisse können niemals weder auf regionaler noch auf internationaler Ebene zur Festigung des Friedens und der Sicherheit beitragen."

So wie die Partei der Arbeit Albaniens, so wie alle wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien hat auch die KPD/ML diese Unsicherheitskonferenz von Anfang an bekämpft. In ihrer Agitation unter den Massen hat die Partei herausgestellt: Es sind nicht die Völker, die nach Helsinki gehen, sondern die Vertreter der Bourgeoisie in Ost und West. Schmidt und Honecker, sie sprechen dort nicht für das deutsche Volk. Sie sprechen für ihre eigenen bürgerlichen Klasseninteressen, für die Interessen des USA-Imperialismus bzw. des russischen Sozialimperialismus. Der Platz des deutschen Volkes ist an der Seite des sozialistischen Albanien, an der Seite der anderen Völker Europas im Kampf gegen die Supermächte und die Bourgeoisie in jedem einzelnen Land.

Heute, vor der Konferenz von Belgrad zeigt sich klar die Richtigkeit dieser Linie. Was hat sich denn seit Helsinki geändert? Die Supermächte haben die Zahl ihrer Truppen ständig erhöht, die Ausrüstung verstärkt und technisch verbessert. Heute stehen sich allein in Mitteleuropa 800.000 Soldaten der NATO unter amerikanischem und 950.000 Soldaten des Warschauer Pakts unter russischem Oberkommando gegenüber. Waren es zur Zeit von Helsinki noch 110 Kriegsschiffe der Supermächte, die im Mittelmeer kreuzten, so sind es inzwischen 150 geworden.

In den letzten beiden Jahren haben die beiden reaktionären Militärblöcke ein Manöver nach dem anderen durchgezogen, mehr als jemals zuvor.

Die Herren in Washington und Moskau feiern es als einen großen Sieg der Entspannung, daß diese Manöver — wie in Helsinki vereinbart — jeweils der anderen Seite angekündigt wurden und daß auch ausländische Beobachter daran teilgenommen haben. Aber wird durch eine Vorankündigung aus einem Militärmanöver ein harmloses Indianerspiel? Man braucht sich doch nur anzusehen, was dort geübt wurde: die schnelle Offensive, Landoperationen aus der Luft und von der See aus, Truppenverlegung durch Luftbrükken usw. Die NATO-Stäbe haben Pläne zur atomaren Verseuchung Schleswig-Holsteins entwickelt, die Truppen des Warschauer Pakts proben den Brückenschlag über die Elbe und die europäischen Völker sollen glauben, das alles geschehe im Interesse der „europäischen Sicherheit".

Worum es wirklich geht, das ist die Vormachtstellung der Supermächte in Europa, die sie behaupten und ausbauen wollen. Von ihren Manövern aus ist es nur ein Schritt zur Besetzung der Länder, in denen die Manöver stattfinden. Das zeigte sich 1968, als im Rahmen eines Manövers des Warschauer Pakts die Tschechoslowakei überfallen wurde. Worum es weiterhin geht, das ist das Streben beider Supermächte nicht nur nach Herrschaft im eigenen Einflußbereich, sondern auch danach, die Einflußsphären auf Kosten der anderen Supermacht zu erweitern. Aus dieser Rivalität der russischen und der amerikanischen Imperialisten erwächst die Gefahr eines neuen Krieges und ihre Militärmanöver, die wilde Aufrüstung, die sie betreiben, all das dient der Vorbereitung auf einen solchen Krieg.

Um das zu verschleiern, wollen die Supermächte die Völker Euopas einschläfern. Sie selbst, die größten Feinde des Sozialismus, der Freiheit, der Unabhängigkeit der Nationen, stellen sich als Verteidiger des Friedens und der Freiheit hin. Ihre Unterschrift unter die Schlußakte der KSZE soll die Garantie sein für Sicherheit und Stabilität in Europa. Das heißt nichts anderes, als daß die Völker die Oberherrschaft der Supermächte anerkennen und ihnen ihr Schicksal anvertrauen sollen.

Jetzt, in der Vorbereitung der Belgrader Konferenz, starten die Supermächte, die europäischen Imperialisten und ihre Handlanger, vor allem die modernen Revisionisten, eine neue Propaganda-Offensive, um unter den Werktätigen den Geist des Pazifismus zu verbreiten, ihnen einzureden, daß alle internationalen Klassenkonflikte durch friedliche Verhandlungen, vor allem zwischen Washington und Moskau, gelöst werden könnten. Was steckt aber anderes hinter dieser Demagogie als das Bestreben der Supermächte, die Welt unter sich aufzuteilen? Sie fürchten die Völker, die sich ihrem Diktat widersetzen, die für ihre soziale und nationale Befreiung kämpfen. Das Beispiel Afrikas zeigt, daß die Supermächte es den kämpfenden Völkern gegenüber nicht bei demagogischen Worten und Drohungen belassen. Mit allen Mitteln versuchen sie, diese Völker unter ihrer Herrschaft zu halten. Dabei spielt sich jede Supermacht als Retter und Helfer gegenüber der anderen auf. Aber gerade die Ereignisse in Angola haben den Völkern gezeigt, daß sie weder bei den amerikanischen noch bei den russischen Imperialisten Hilfe finden können, daß sie ihr Schicksal weder einer einzelnen, noch den Verhandlungen zwischen beiden Supermächten anvertrauen dürfen, daß nur das Vertrauen auf die eigene Kraft, der entschiedene revolutionäre Kampf gegen beide Supermächte, gegen all ihre Verbündeten und Lakaien, eine siegreiche Strategie ist.

In Westdeutschland sind es jetzt die modernen Revisionisten der D„K"P und die Jusos, die den Geist des Pazifismus, der Unterordnung unter die Supermächte in die Massen tragen wollen. Sie veranstalten im Mai einen großen Friedens- und Abrüstungsrummel, um kräftig die Werbetrommel für die Konferenz von Belgrad zu rühren. Es geht ihnen dabei nicht nur darum, die Wachsamkeit der Werktätigen angesichts der Kriegsvorbereitungen der Supermächte und ihrer Blöcke einzuschläfern, sondern auch darum, sie vom Klassenkampf gegen die westdeutsche Bourgeoisie abzulenken. So behaupten sie, die Komödie von Helsinki, die jetzt in Belgrad fortgesetzt wird, diene auch dazu, dem gesellschaftlichen Fortschritt den Weg zu bahnen, die reaktionären Kräfte zurückzudrängen usw.

Aber kann man denn heute in Europa freier atmen, weil Breschnew, Ford, Schmidt oder Gierek ihre Unterschrift unter die Dokumente von Helsinki gesetzt haben? Die Tatsachen sind doch, daß unter dem Deckmantel der Zusammenarbeit die russischen Truppen in den Ländern Osteuropas noch weiter verstärkt wurden, daß die Kreml-Herren die Souveränität dieser Länder noch mehr einschränken und die Völker die Unterdrückung durch die Sozialimperialisten noch stärker zu spüren bekamen. Die Tatsachen sind, daß die amerikanischen Imperialisten ihre Militärstützpunkte in Westeuropa weiter ausgebaut haben, daß auch in diesen Ländern die Bourgeoisie mit allen Mitteln der reaktionären Gewalt versucht, den Klassenkampf der Arbeiter, Bauern und der übrigen Werktätigen zu unterdrücken.

Und da sollen die Völker von ihren Ausbeutern und Unterdrückern erwarten, daß sie sich in Belgrad zusammensetzen, um den Fortschritt voran zu bringen? Natürlich, die Breschnew, Carter, Honecker, Schmidt, sie alle machen viel Lärm um die „Menschenrechte", sie haben die „humanitären Belange" zu einem Hauptthema ihrer Konferenz erklärt. Aber niemals geht es ihnen darum, sich für die Verwirklichung dieser Rechte einzusetzen. Ihre ganze Demagogie ist einmal ein plumpes Ablenkungsmanöver. Indem sie die Verbrechen der anderen Seite anklagen, wollen sie über ihre eigenen den Mantel des Schweigens legen. So fordert der Handlanger der Wallstreet-Monopole, Carter, Freiheit für Dissidenten in der Sowjetunion und Breschnew, Chef der russischen Sozialfaschisten, Gleichberechtigung für die amerikanischen Neger.

Aber die Kampagne um die Menschenrechte ist vor allem eine gefährliche chauvinistische Propaganda-Offensive. Jede Supermacht bietet sich als Befreier der von der anderen Supermacht Unterdrückten an. Das ist auch der Grund dafür, warum diese Kampagne von beiden Seiten so erbittert geführt wird.

Die europäischen Völker dürfen sich nicht auf diese Demagogie einlassen. Der Weg der nationalen und sozialen Befreiung wird niemals an der Seite der einen oder der anderen Supermacht geführt. Genauso wenig kann die europäische Sicherheit von den Supermächten verschenkt werden. Die Sicherheit, der wirkliche Frieden können nur gewonnen werden durch den entschlossenen Kampf der Völker gegen die beiden Supermächte und gegen alle Kräfte der europäischen Reaktion.

Zum Abschluß des II. Parteitages der KP Portugals(W)

Begeisternde Massenkundgebung des portugiesischen Proletariats

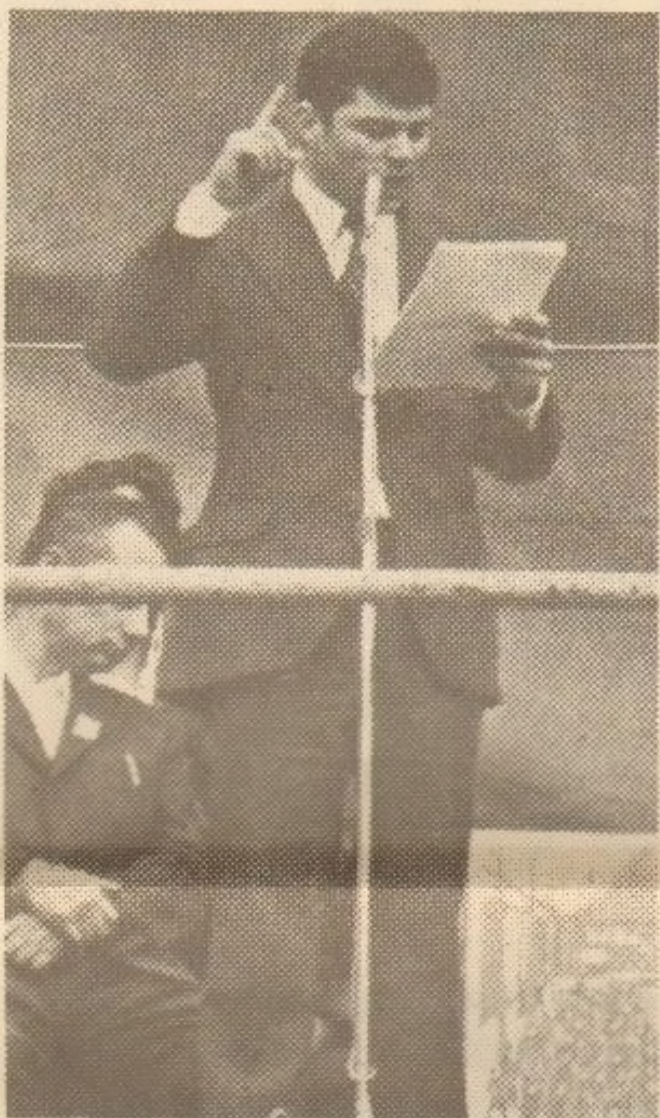
15.000 Menschen waren am 17. 4. aus dem ganzen Land nach Lissabon gekommen, um begeistert den Abschluß des II. Parteitages der KPP(W) zu feiern und im Geist des proletarischen Internationalismus die anwesenden Delegationen vieler marxistisch-leninistischer Bruderparteien, an der Spitze eine Delegation der Partei der Arbeit Albaniens, zu grüßen.

In einer gewaltigen Agitations- und Propagandakampagne, deren revolutionärer Schwung selbst schon ein Ausdruck der weiteren Festigung der Partei durch den Parteitag gewesen ist, war die Nachricht vom Parteitag und der Aufruf nach Lissabon durch das ganze Land getragen worden. Revolutionäre Werktätige von überall her, von den Landgütern des Alentejo bis zu den Fabriken von Porto und sogar von den Inseln im Atlantik füllten schon lange vor der Veranstaltung den großen Platz vor der Stierkampfarena.

Hier schon verlangte die Menge immer wieder mit Parolen und Sprechchören die albanischen Genossen und andere Genossen der Bruderparteien an den Balkonen zu sehen. Dann marschierten die Veranstaltungsteilnehmer, zum großen Teil in Kolonnen unter einem Meer von roten Fahnen und Spruchbändern in die festlich geschmückte Arena ein. Zahllos waren ihre Parolen: „Es lebe der Kommunismus!“ „Es lebe die PCP(R)!“ „Die Reichen sollen die Krise bezahlen!“ „Freiheit fürs Volk — Faschisten ins Gefängnis!“ „Es lebe die Partei der Arbeit!“ „Es leben die Bruderparteien!“ „Wir grüßen den II. Parteitag!“ usw.

Nach der Eröffnung der Veranstaltung mit einer Rede von Genossen Manuel Monteiro, Chefredakteur von „Bandeira Vermelha“, Zentralorgan der KPP(W), sprach Genosse Gathur Gjushi, Leiter der Delegation der Partei der Arbeit Albaniens. Unter anderem unterstrich Genosse Gathur Gjushi die kämpferische Freundschaft zwischen der PAA und der KPP(W) und die flammende Unterstützung der PAA für den aufopferungsvollen Kampf der Marxisten-Leninisten. Diese internationalistische Veranstaltung und die anderen der letzten Zeit, sagte er, „sind ein Ausdruck der marxistisch-leninistischen Einheit und tragen mit Taten, nicht nur mit Worten bei zur Verstärkung des Kampfes gegen die beiden Supermächte und für die Sache der proletarischen Revolution. Sie stellen ebenso eine Hilfe für die Völker dar, eine Hilfe für ihren Zusammenschluß im Kampf für die Freiheit, die nationale Unabhängigkeit und den gesellschaftlichen Fortschritt, gegen jede Unterdrükkung und Ausbeutung, von wem auch immer sie komme.“

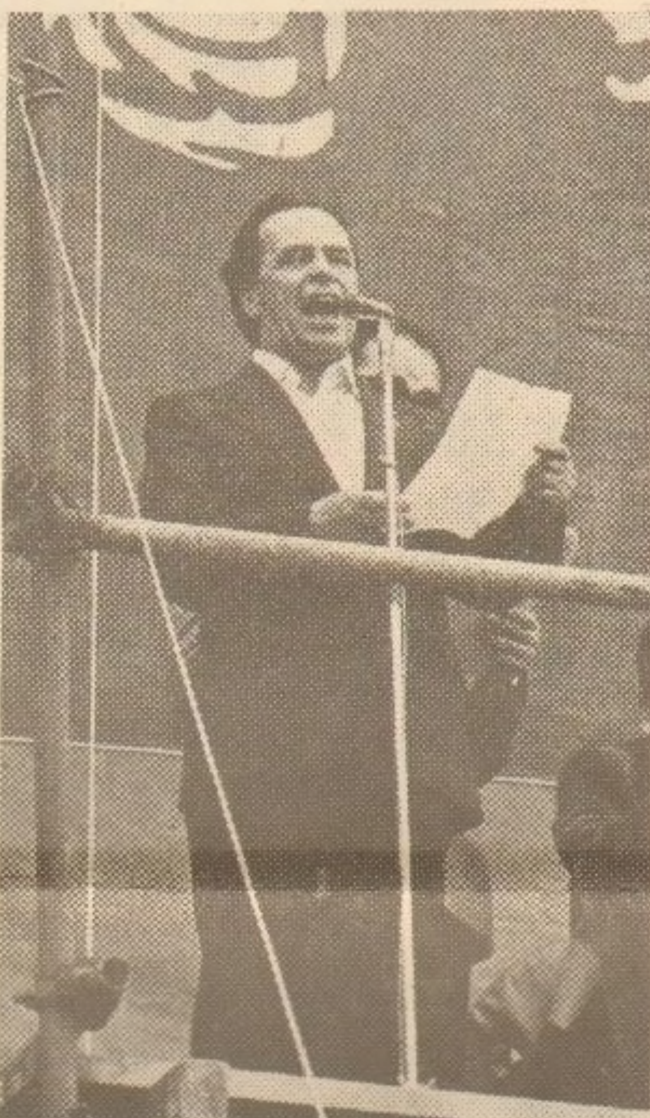
Während und nach seiner Rede brauste tosender Beifall auf, in stürmischer Begeisterung wurde immer wieder gerufen: „Es lebe die PAA! Es lebe Genosse Enver Hoxha!“ usw. Einige Genossen der Partei überreichten jetzt tiefbewegt Genossen Gathur Gjushi revolutionäre Gemälde, Stickereien, Volkskunstwerke aus den Regionen; es konnte hier nur ein kleiner Teil der zahllosen Geschenke übergeben werden, die Genossen und Zellen der Partei vor allem für die albanische, aber auch für die anderen Bruderparteien angefertigt hatten. Die warmherzige Begrüßung und die begeisterte Aufnahme der Delegation der Partei der Arbeit Albaniens durch die Tausende Veranstaltungsteilnehmer war ein lebendiger Ausdruck der großen Bewunderung und grenzenlosen Liebe, die das revolutionäre portugiesische Proletariat dem sozialistischen Albanien, diesem Vaterland der Werktätigen, entgegenbringt.



Genosse Eduardo Pires

Den Vertretern der Bruderparteien Brasiliens und Spaniens, Chiles und Argentiniens drückten die Veranstaltungsteilnehmer ihre unverbrüchliche proletarisch-internationalistische Solidarität mit ihrem schweren Kampf unter den Bedingungen der brutalen faschistischen Unterdrükkung aus. Die Rede des Genossen Ernst Aust, die mehrmals von Beifall unterbrochen wurde, druckten wir bereits im „Roten Morgen“ Nr. 16 ab. Außerdem sprachen die Vertreter der marxistisch-leninistischen Parteien bzw. Organisationen aus Italien, Griechenland, Iran, Österreich und Angola. Die Veranstaltung schloß mit der Rede des Genossen Eduardo Pires, Mitglied des ZK der KPP(W), der vielen unserer Leser von der Veranstaltung in Ludwigshafen her bekannt ist, über die Ergebnisse des Parteitags und die Aufgaben für die Partei.

Der II. Parteitag der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut) zog die Bilanz aus 15 Monaten propagandistischer und programmatischer Arbeit und vor allem aus der ständigen Teilnahme der Kommunisten an den Kämpfen der Massen, aus der ständigen Sorge der Partei um die Probleme und Nöte der Massen, die die KPP(W) zu einer tiefen Verankerung vor allem in der Arbeiterklasse geführt haben.



Genosse Ernst Aust

Der Parteitag nahm eine programmatische Resolution an, die den Weg Portugals in der volksdemokratischen Revolution und zum Sozialismus und Kommunismus bestimmt und legte eine Taktik fest, die, wie Genosse Pires sagte, „sich auf die Kraft und Entschlossenheit der Arbeiter- und Volksbewegung stützt und die allgemeine und tiefe Krise des Kapitalismus in Portugal ausnutzt, um ihm Schläge zu versetzen, die ihn noch weiter schwächen, und nicht Heilmittel vorzuschlagen, um ihn aus der Krise herauszubringen.“

Genosse Pires verurteilte die vielfältigen Angriffe der Soares-Regierung auf das werktätige Volk und den betrügerischen „Sozialpakt“, der die Arbeiterklasse knebeln soll, brandmarkte und entlarvte den abgrundtiefen Verrat der Sozialdemokraten und Revisionisten und rief die ehrlichen werktätigen Mitglieder dieser Parteien auf, ihren Führern den Rücken zu kehren und sich den Reihen der KPP(W) anzuschließen. Wahre Beifallsstürme brandeten auf und immer wieder wurde Genosse Pires von Parolen unterbrochen, als er abschließend die Losungen der Partei für die volksdemokratische Revolution erläuterte und am Beispiel des sozialistischen Albanien das große Ziel des Sozialismus auch für Portugal wies.

Dabei sagte er: „Alle zusammen, fest zusammengeschlossen in der stählernen Kampfeinheit des werktätigen Volkes, können wir unsere Todfeinde schlagen und eine wirklich antifaschistische Regierung errichten, die die Reichen zwingt, die Krise zu bezahlen, die die Faschisten unterdrückt, die Freiheiten verteidigt und die Imperialisten verjagt. Eine Regierung des wirklichen 25. April, des 25. April des Volkes!“



Mit großer Begeisterung nahmen 15.000 Menschen an der Abschlußveranstaltung des II. Parteitages der KPP (W) in Lissabon teil.

Republikanische Konvention der Völker Spaniens in Deutschland gegründet

Auf einer Großveranstaltung wurde am 24. April in Frankfurt die Gründung der westdeutschen Sektion der Republikanischen Konvention der Völker Spaniens gefeiert. Kurz zuvor hatte die konstituierende Versammlung der Republikanischen Konvention getagt.

Die Republikanische Konvention der Völker Spaniens wurde im Mai des vergangenen Jahres ins Leben gerufen. Sie ist ein breiter Zusammenschluß aller Kräfte, für die die Monarchie nicht die Lösung der brennenden Probleme Spaniens darstellt, sondern die Vertreterin der Interessen der Oligarchie und des Imperialismus ist.

Sie kämpft deshalb für den Sturz der faschistischen Monarchie und für eine Republik, die die Interessen des Volkes verwirklicht und wirkliche demokratische Freiheiten für das Volk garantiert.

Sie kämpft gegen den Imperialismus, vor allem den amerikanischen Imperialismus, den Hauptfeind der Völker Spaniens, für die nationale Unabhängigkeit Spaniens und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Nationalitäten Spaniens im Rahmen der Republik.

Sie verurteilt entschieden den Verrat der modernen Revisionisten Carrillos, von Felipe Gonzales und anderen, die versuchen, den Kampf der Volksmassen Spaniens zu bremsen und die der Monarchie die Stiefel lecken.

Unsere Bruderpartei, die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten arbeitet in der Republikanischen Konvention und unterstützt diese. Sie macht klar, daß die Republik nur die föderative Volksrepublik, der erste Schritt auf dem Weg zum Sozialismus sein kann und daß der Weg dahin nur der Weg der bewaffneten Volksrevolution sein kann.

Die zahlreichen Delegierten der republikanischen Komitees, Versammlungen von Verbänden und Organisationen sowie die Einzelpersönlichkeiten, die auf der konstituierenden Versammlung anwesend waren, verurteilten die Farce der Demokratisierung des spanischen faschistischen Regimes und riefen die spanischen Emigranten in Westdeutschland zum Boykott der Scheinwahlen am 5. Juni auf.

Anläßlich des Besuches von Juan Carlos in der Bundesrepublik prangerten sie den westdeutschen Imperialismus, seine Zusammenarbeit mit dem monarcho-faschistischen Regime an.

Mehrere Delegierte berichteten über die Aktionen, die sie gegen den Besuch von Juan Carlos in der Bundesrepublik durchgeführt haben. So wurde zum Beispiel während des Fußballspiels zwischen dem Hamburger Sportverein und Atletico Madrid von einer Gruppe von Spaniern im Stadion die republikanische Fahne gehißt. In Bremen rief die Republikanische Versammlung zu einer Protestdemonstration gegen Juan Carlos auf, an der sich 700 Menschen beteiligten. Sie zogen vor das Senatsgebäude und bewarfen es mit Farbeiern. In Westberlin wurde von einer Gruppe republikanischer Spanier auf einem der höchsten Gebäude der Stadt, dem Europa-Center, die republikanische Fahne gehißt.

Die Delegierten hörten außerdem eine Grußansprache eines Vertreters des Generalrats der Republikanischen Konvention an die konstituierende Versammlung.

In der Grußadresse unserer Partei an die konstituierende Versammlung heißt es unter anderem:

„Wir Ihr wißt, war Juan Carlos, der Zögling und Hampelmann Washingtons, gerade zu einem Staatsbesuch in unserem Land. Seine Reise dokumentiert die enge Zusammenarbeit zwischen den deutschen Imperialisten und den spanischen Faschisten, eine Zusammenarbeit, die seit den Tagen Hitlers besteht und niemals aufgehört hat. Im Dienst der westdeutschen Monopole, von denen jedes seine Niederlassung in Spanien hat, von denen sich jedes am Blut und Schweiß der spanischen Arbeiter mästet, unterstützt die westdeutsche Regierung alle konterrevolutionären Kräfte in Spanien, ist sie einer der Vorreiter dabei, Spanien in die EWG einzugliedern, um das Land den imperialistischen Monopolen noch mehr zu unterwerfen. Unsere Partei, die für den Sturz der Herrschaft des westdeutschen Imperialismus und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats kämpft, bekämpft entschieden alle Machenschaften der westdeutschen Imperialisten in Spanien, jegliche Zusammenarbeit zwischen den reaktionären faschistischen Kräften der Monarchie und der Bonner Regierung. Wir wissen, daß sich Euer Kampf für die Republik auch gegen den westdeutschen Imperialismus in Spanien richtet und betrachten ihn daher als Hilfe für unseren revolutionären Kampf hier in Westdeutschland.“

Und weiter:

„Die Monarchie wird stürzen und mit ihr das Joch des Imperialismus, der Spanien knechtet. Und auf den Trümmern der Monarchie wird die Republik errichtet werden, eine Republik, in der das Volk, die Millionenmassen der Unterdrückten und Ausgebeuteten ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, eine Republik, in der nicht eine Handvoll Ausbeuter dem Volk im Nacken sitzt, sondern in der sich dieses selbst in Freiheit und Unabhängigkeit eine glückliche Zukunft erkämpfen wird.“

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00 – 13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30 – 15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00 – 16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00 – 18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00 – 19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30 – 22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00 – 23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
6.00 – 6.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Zeitungen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, die seit dem letzten 1. Mai erschienen sind.

AUFBRUCH
ROTE GARDE ODENWALD Jugendorganisation der KPD/ML

Rote Granate
Schlägt ein und zündet
Zeitung der ROTEN GARDE

Zeitung der ROTEN GARDE in Scharnhorst
Revolutionäre Jugend
ROTE GARDE - Jugendorganisation der KPD/Marxisten-Leninisten

KPD/ML
Lehrlingsfront
ZEITUNG DER ROTEN GARDE FÜR BOCHUMER UND WATTENSCHEIDER BERUFSSCHULEN

JUGEND IM KAMPF
Zeitung der ROTEN GARDE für Lehrlinge Berufsschüler und Jungarbeiter Münster.

REIH DICH EIN
Berufsschulzeitung der ROTEN GARDE Mainz
Jugendorganisation der KPD/ML

ROTE PENNE
Schülerzeitung der ROTEN GARDE GIESSEN

Jugend voran

Rote Schülerfront
Zeitung der Schulzelle Bayreuther Str. der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD / Marxisten-Leninisten

Zeitung der Roten Pioniere

Rote Pioniere
Zeitung der Kindergruppe der "Roten Garde" · Hamburg

Roter Morgen

Roter Morgen
Nr. 1 1. Jahrgang Juli 1967
Zeitschrift der KPD Marxisten-Leninisten

ROTER MORGEN
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten gegründet

ROTER MORGEN
WAS WILL DIE KPD/ML?
Es lebe der Kommunismus

Die neue Verfassung der Volksrepublik Albanien (Entwurf)
ROTER MORGEN
KPD/ML in der DDR gegründet
Gründungserklärung der Sektion DDR der KPD/ML
Arbeiter, Bauern, Werktätige in Stadt und Land!

Rede des Genossen Ernst Aust auf der Abschlussveranstaltung des III. Parteitages der KPD/ML
ROTER MORGEN
III. Parteitag der KPD/ML erfolgreich abgeschlossen!

Vor zehn Jahren, am 1. Juli 1967, erschien die erste Nummer des „Roten Morgen", damals noch das Organ der Marxisten-Leninisten in der KPD. In diesen zehn Jahren ist der „Rote Morgen", seit der Jahreswende 1968/69 das Zentralorgan der KPD/ML, unermüdlich für die Interessen der Arbeiterklasse und der Revolution eingetreten. Nicht umsonst ist er die meistverbotene Zeitung in Westdeutschland, nicht umsonst muß er in der DDR illegal erscheinen. Aber während der Klassenfeind den „Roten Morgen" wütend bekämpft, hat er unter den Werktätigen immer neue Freunde gewonnen, hat sich die Zahl seiner Leser, Abonnenten und Korrespondenten kontinuierlich vergrößert. All diesen Freunden des „Roten Morgen" sei dank. Denn ihre Mithilfe hat entscheidend dazu beigetragen, daß der „Rote Morgen" in den letzten zehn Jahren erfolgreich voranschreiten konnte.

Pressefeste des Roten Morgen

Wir laden alle Freunde des „Roten Morgen" herzlich ein zu den Pressefesten, die anläßlich des 10jährigen Bestehens des Zentralorgans der KPD/ML am 10./.11. bzw. 18. Juni in Hamburg, Dortmund, Westberlin, Stuttgart und Frankfurt stattfinden werden. Wir laden alle Werktätigen ein, unsere Pressefeste zu besuchen und den „Roten Morgen" näher kennenzulernen.

Aus dem Programm

- Rede zur Geschichte und Bedeutung des „Roten Morgen"
- Vorführung revolutionärer Filme
- Ausstellung: 10 Jahre „Roter Morgen"
- Auftritte der Agit-Prop-Trupps der KPD/ML
- Tanz- und Unterhaltungsprogramm
- Auszeichnung der Sieger der Wettbewerbe

Beteiligt Euch an den Wettbewerben!

I. Der „Rote Morgen" gibt die Wahrheit wieder

unter diesem Motto ruft die Redaktion des „Roten Morgen" alle Genossen der Partei, der ROTEN GARDE und alle Freunde des „Roten Morgen" zu einem Artikelwettbewerb auf. Ausgezeichnet werden diejenigen Artikel, die am anschaulichsten und überzeugendsten einzelne Fälle oder Ereignisse aus dem Leben im Kapitalismus schildern und die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes gegen den Kapitalismus zeigen. (Fotos zum Text sind erwünscht.) Teilnahmeberechtigt ist jeder Leser des „Roten Morgen", der seinen Artikel (er darf nicht länger als 200 Schreibmaschinenzeilen sein) bis zum 1. Juni (Einsendeschluß) an die Redaktion des „Roten Morgen" abschickt.* Name und Anschrift nicht vergessen!

1. Preis: eine Reiseschreibmaschine und ein Wochenendbesuch bei der Redaktion des „Roten Morgen";
2./3. Preis: Buchpreise.

II. Gesucht wird das beste „Roter-Morgen"-Werbeplakat

Aufgerufen ist jeder Leser des „Roten Morgen", sich an diesem Wettbewerb für ein gelungenes Plakat für die Werbung für den „Roten Morgen" zu beteiligen. Wer mitmachen will, muß seinen Entwurf spätestens bis zum 1. Juni an das zentrale Parteibüro in Dortmund senden. (Name und Anschrift nicht vergessen!) Die drei besten Entwürfe werden mit Buchpreisen ausgezeichnet. Der beste Entwurf wird als Plakat gedruckt.*

* Der Rechtsweg ist bei beiden Wettbewerben ausgeschlossen.

Wußten Sie schon...

...daß in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien seit dem vergangenen Jahr die Lohnunterschiede auf das Verhältnis 1 : 2 gesenkt worden sind? Das heißt, daß jeder Albaner, ob er nun Arbeiter, Bauer, Hochschulprofessor oder Minister ist, höchstens 900 Lek, mindestens aber 450 Lek verdient. Dieser Beschluß hat große Bedeutung für die Festigung der Diktatur des Proletariats und der Verhinderung der Herausbildung einer Kaste gutbezahlter Spezialisten, Kader und Funktionäre, für die Hebung des Wohlstandes des ganzen Volkes. Im sozialistischen Albanien ist es damit genau umgekehrt wie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern. In der DDR, der Sowjetunion usw. verdienen die Betriebsdirektoren, Abteilungsleiter, Professoren, Minister das Dutzendfache des Lohns eines einfachen Werktätigen und bereichern sich immer mehr, während der Lebensstandard der Werktätigen sinkt. Genauso ist es in den kapitalistischen Ländern.

...daß in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien die medizinische Versorgung für alle Werktätigen kostenlos ist, selbst bei den kompliziertesten und teuersten Operationen und Heilverfahren; daß in Albanien die Zahl der Krankenhäuser und Krankenhausbetten, der Ärzte, Schwestern und Pfleger von Jahr zu Jahr und besonders auf dem Land steigt? In der Bundesrepublik dagegen steigen die Krankenkassenbeiträge und die Arztkosten von Jahr zu Jahr. Von den Medikamenten ganz zu schweigen. Ganz zu schweigen auch von den Plänen der Länder und Gemeinden, die Zahl der Krankenhausbetten drastisch zu verringern und die Planstellen in den Krankenhäusern zu kürzen.

* * *

...daß Albanien, was die Zahl der Schüler der verschiedenen Schulkategorien im Verhältnis zur Bevölkerungszahl anbelangt, einen der ersten Plätze in der Welt einnimmt und das Analphabetentum vollständig ausgemerzt ist, während laut einer offiziellen Statistik der UNO das Analphabetentum in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern nicht nur nicht beseitigt ist, sondern sogar wächst?

* * *

...daß in der Bundesrepublik jährlich über zwei Millionen Arbeitsunfälle registriert werden, bei denen rund 5.000 Arbeiter so schwer verletzt werden, daß sie sterben, daß in England im Durchschnitt täglich drei Arbeiter bei Arbeitsunfällen den Tod finden und in Italien in den letzten 20 Jahren 22 Millionen Werktätige bei Arbeitsunfällen verletzt und über 100.000 getötet worden sind? Die Ursache dieser mörderischen Verhältnisse ist die kapitalistische Ausbeutung, wo die Arbeitshetze ständig gesteigert und die Maßnahmen für den Arbeitsschutz ständig verringert werden, weil die Kapitalisten die Arbeiter bis ins Mark auspressen und die Kosten für Arbeitsschutzmaßnahmen sparen wollen, um Höchstprofite zu raffen.

Zeitungen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, die seit dem letzten 1. Mai erschienen sind.

Rote Stimme
Stadtteilzeitung der KPD/ML für Stolach und Vallenbrunnen

Der Schlußstrich
Lehrerraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit, HRG, LHG §218, Politische Unterdrückung, Revolution!
KSB/ML-Sektion der Roten Garde-Jugendorganisation der KPD/ML

Die Jugend wird den Kampf entscheiden
ROTER TAUNUS
Zeitung der Roten Garde Kronberg
für die Feldbergschule Oberursel und die Kreisberufsschule Hofheim

Betriebszeitungen der KPD/ML

ZÜNDKERZE
BETRIEBSZEITUNG DER KPD/ML Opel Rüsselsheim

STÄHLERNE FAUST

SIGNAL auf ROT
FLUGSCHRIFT DER KPD/MARXISTEN-LENINISTEN

ROTE TURBINE
Betriebszeitung der KPD/ML bei KWU

DER ROTE FUNKE
BETRIEBSZEITUNG DER KPD-ML FÜR DIE ARBEITER UND ANGESTELLTEN DER AEG

ROTER BEIERSDORFER
Betriebszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

DER AEG ARBEITER
KPD/ML